

Volkswacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Filialhandlungen der „Volkswacht“, Rente Staupenstr. 5 und Friedbergstr. 105, Rathhausstr. 100, sowie durch alle Ansträger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn, monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fetze Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Die Präsidentenwahl im Reichstag

Paul Löbe mit 269 Stimmen wiedergewählt

Mit 269 gegen 209 Stimmen ist der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe am Mittwoch zum Präsidenten des neuen Reichstages gewählt worden.

Kein Zweifel war der Ausgang einer Präsidentenwahl unsicher wie die am Mittwoch. Seit zwölf Jahren hat es das unbestrittene Recht der stärksten Fraktion, den Präsidenten für den Reichstag zu stellen. Zum ersten Mal ist dieser Grundsatz ausgegeben und die Befestigung des Präsidentenpostens zur politischen Machtsfrage gestempelt worden. Die Präsidentenwahl sollte das Vorzeichen sein für eine von den Nationalsozialisten abhängige Rechtsregierung. So entstand von Hitlers Gnaden die Kandidatur von Scholz, des Führers der Deutschen Volkspartei. Der neuen Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei in der Wahl eines Vertreters der Rechtsparteien zum Präsidenten einen Zwang auf das Zentrum, sich der Bildung einer Rechtsregierung nicht länger zu widersetzen.

Da Sozialdemokraten, Zentrum, Bayerische Volkspartei und Demokraten nur über 244 Stimmen, die übrigen bürgerlichen Parteien aber über 256 Stimmen verfügten und die 77 Kommunisten sich selber ausschalteten, schenken selbst die Optimisten im günstigsten Falle mit einer Mehrheit für Löbe von wenigen Stimmen. Daß die Wahl Löbes mit einer Mehrheit von sechzig Stimmen erfolgen würde, daß er trotz der Abstinenz der Kommunisten nur zehn Stimmen weniger als die absolute Mehrheit erhalten würde, ist sowohl ein heutzutage seltener als auch ein großer persönlicher Erfolg.

Löbes Eignung zum Präsidenten, die er in so unzähligen schwierigen Situationen bewiesen hat, hat wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen. Unter seinen Wählern befinden sich auch Abgeordnete solcher Parteien, deren Kandidat Herr Scholz war. Sie gaben Löbe ihre Stimme, weil das Verhalten des Herrn Scholz selbst in ihren Reihen Unwillen hervorgerufen hatte und weil die Geschäfte des Reichstages bei Löbe in besserer Hand wußten. Die Übernahme der Geschäfte durch Löbe nach seiner Wahl lieferte sofort den Beweis, daß diese Annahme richtig ist. Sein erster Vorschlag auf Verabschiedung der Wahl des Präsidiums fand keinerlei Widerpruch im Hause. Löbes Persönlichkeit besiegte seine Gegner.

Die Niederlage des Herrn Scholz aber ist zugleich eine Niederlage der Deutschen Volkspartei und all derer, die die Rechtsregierung mit den Nationalsozialisten erzwingen wollen. Die Kandidatur Scholz, von Hitler als Schlag gegen das Zentrum empfohlen, von den Volksparteilern trotzdem begeistert aufgenommen, richtete sich nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern ebenso sehr gegen das Zentrum und die Bayerische Volkspartei. Diese Parteien und die Reichsregierung sollten gezwungen werden, dem ungehörigen Verlangen der Hitlerleute nach Regierungsgewalt zu entsprechen. Dieser Streich ist vorüber. Das einzige Ergebnis der glorreichen Taktik des Herrn Scholz ist seine eigene Blamage und die Befestigung des bisherigen Volkspartei-Präsidenten Kardorff. Alle bisherigen Präsidenten sind wiedergewählt worden, nur Kardorff nicht.

Nicht minder blamabel aber ist auch das Ergebnis der Präsidentenwahl für die Nationalsozialisten. Am ersten Tage des Reichstages haben sie sich durch die Insignierung von Straßentrampeln blamiert, am zweiten Tage durch ein schändliches Bündnis mit dem Vertrauensmann der Schwerindustrie, dem Großkapitalisten und Rassenverräter Scholz. Die Nationalsozialisten machten Herrn Scholz zu ihrem Vertrauensmann. Sie übertrugen damit die Deutschland, die sich in weiter Entfernung von ihm hielten. So zerstörten die Nationalsozialisten schon bei der ersten Gelegenheit den Glauben, den es ihnen erst wäre mit der Bekämpfung kapitalistischer Einflüsse und kapitalistischer gekannter Persön-

lichkeiten. Der Großverdiener und Aufsichtsrat Scholz war ihnen trotz seines Rassenverrats lieber als der Arbeiter Löbe.

Die Sozialdemokratie überschätzt den Einfluß des Postens des Reichstagspräsidenten nicht. Sie weiß, daß er nur eine der vielen Machtpositionen darstellt, auf deren Befestigung sie nur aus sachlichen Gründen Wert legt. Aber gerade der Posten des Präsidenten des Reichstages ist die Stelle, von der die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, die Aufrechterhaltung der Demokratie, der Schutz von Reichsverfassung und Republik stark beeinflusst wird. Darum, und nur darum, ist die Wahl Löbes ein erster Erfolg.

Paris, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Wahl Löbes zum Reichstagspräsidenten ist in allen politischen Kreisen in Paris mit ungeheurer Befriedigung aufgenommen worden. Man will darin den Beweis für die Tatsache sehen, daß es den republikanischen Parteien in

Deutschland bei einigem guten Willen ein leichtes sein müßte, über die Elemente der Unordnung auf der äußersten Rechten und Linken zu triumphieren.

„Wenn nur endlich“, schreibt am Mittwoch der „Temps“ wieder, „die bürgerlichen Mittelparteien ihren kurzfristigen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgeben wollten.“ Es sei nicht nur ein Verbrechen, sondern auch ein Verstoß gegen die elementarste politische Vernunft gewesen, daß ausgerechnet Herr Scholz von der Volkspartei gegen Löbe habe kandidieren müssen. Aus blinder Eigenliebe habe sich dieser Führer der Partei Stresemanns nicht geschaut, vor den Hitler-Leuten zu kriechen und den gefährlichen Sprung ins Ungewisse zu wagen, nur um ihre Stimmen zu fangen. Diese grobe Taktik sei umso bedauerlicher und unverständlicher, als gerade die Volkspartei die stärksten Verluste im Wahlkampf erlitten habe. Es sei unglaublich, daß die Volkspartei, die fünf Jahre lang zusammen mit der SPD, die Politik Stresemanns mitgemacht habe, und die sich jetzt noch auf Stresemann berufe, sich dazu hergebe, das Spiel der reaktionären Anarchisten und der revolutionären Volkshemmer mitzumachen, die bei der Präsidentenwahl symbolisch hätten beweisen wollen, daß sich etwas grundsätzlich in Deutschland geändert habe. Es sei nun einmal durch die Gewalt der Tatsachen, die niemand mehr abändern könne, dazu gekommen, daß die SPD heute in Deutschland als der letzte Schutzwall der Ordnung und des Friedens ercheine. Wie es die Volkspartei unter diesen Umständen fertig bringe, gegen die SPD zu arbeiten und sich dafür die Unterstützung der hitlerischen Unruhehitzer zu suchen, die sich durch ihren Straßenaufruf selbst außerhalb des politisch möglichen Rahmens gestellt hätten, sei ein trauriges Rätsel.

Der Ausbruch des Berliner Metallarbeiterstreiks

Mit dem gemäß den Weisungen der Gewerkschaften 126 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten sind, vollzog sich in der Weise, daß die Arbeiter am Vormittage des 15. Oktober ihre Arbeit niederlegten und die Betriebe in geschlossenen Zügen verließen.



Otto Braun spricht

Abrechnung des Ministerpräsidenten mit der vereinigten Opposition von links und rechts - Das Uniformverbot für die Nazis bleibt bestehen Wilde Lärmereien im Landtag

Berlin, den 15. Oktober (Eigener Bericht).

Auf der Regierungsbank hat Ministerpräsident Dr. Braun mit fast sämtlichen preussischen Staatsministern Platz genommen. Das Haus tritt in die gemeinsame Beratung der Anträge der Kommunisten und der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags, der kommunistischen Anträge, die die Aufhebung der Notverordnung des Reichspräsidenten und die Einstellung der Young-Zahlungen verlangen und der deutschen Nationalen, nationalsozialistischen und kommunistischen Anträge wegen der parteipolitischen Betätigung der Beamten ein. Mit der Beratung verbunden wird auch der von den Demokraten wegen der Unschärfen in der Berliner Innenstadt anlässlich der Reichstagsauflösung eingebrachte Antrag. Die Redezeit beträgt für jede Fraktion eine Stunde.

Ministerpräsident Braun

lehrt die Opposition ab. Er wird von den Kommunisten mit „Kommunistischer Rederei“ und von der Braun-Regierung mit „Kommunistischer Rederei“ bezeichnet. Unter den zahlreichen Anträgen, die jetzt gemeinsam beraten werden, befindet sich auch ein solcher der Nationalsozialisten, das Uniformverbot für die nationalsozialistischen Sturmtruppen aufzuheben (Zurufe d. d. Nat. Soz.: Es wird höchste

Zeit!). Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung der Zweikammer.

Die Aufhebung des nationalsozialistischen Uniformverbots kann solange nicht in Frage kommen, wie die Gründe, die zum Erlaß des Verbots führten, noch weiter bestehen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien; - lärmende Gegenandgebungen d. d. Dnat.). Zu diesem Uniformverbot hat vor allem der unerträgliche Terror geführt, den Sie (zu den Nat. Soz.) auf politisch Andersdenkende ausgeübt haben. Dieser Verbot ist im Augenblick sogar in verhärteter Umfassung. Deshalb kann eine Aufhebung des Uniformverbots für die Nationalsozialisten absolut nicht in Frage kommen (Beifall d. d. Regierungs-Parteien).

Das Verbot für Beamte, der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei anzugehören, kann gleichfalls nicht aufgehoben werden.

(andauernde lärmende Unterbrechungen d. d. Komm. und Nat. Soz.: Rufe rechts: Darüber bestimmen Sie schon nach einem Vierteljahr nicht mehr!). Dieses Verbot ist erlassen worden, weil festgestellt, daß sowohl die Nationalsozialistische wie die Kom-

miniftrale Partei den gewaltsamen Umsturz anstrebt (Kufe b. d. Nat.-Soz.: Das ist das Gegenteil von der Wahrheit!). Sie (zu den Komm.) bestreiten doch garricht, daß Sie durch gewaltsame Mittel den heutigen Staat beseitigen wollen (Kufe b. d. Komm.: Das hat ein gewisser Marx einmal empfohlen!). Ich kann mir daher erlauben, einzelnes Beweismaterial Ihnen gegenüber vorzutragen (andauernd erregte Zwischenrufe b. d. Komm. — Abg. Raifer (Komm.) wird wegen beleidigender Zurufe zweimal zur Ordnung gerufen). Aber die Nationalsozialisten bestreiten es allerdings, wenn man die Zeugenaussage Hitlers liest, erstens, daß es fast so, als ob die Nationalsozialistische Partei nur eine Gruppe von Unzufriedenheiten wäre, die auf rein legalem Wege dahinzu- zöge (Kufe b. d. Nat.-Soz.: Hitler hat unter Eid ausgesagt!).

Diese sündliche Aussage steht auf derselben Stufe wie das Ehrenwort, das Hitler 1923 in München gab, keine Schritte zu machen und das von Hitler-Bußsch nicht verhinderte

(Zustimmung bei den Regierungsparteien; Lärm und Rufe bei den Nat.-Soz.: Unerhört! Die Abgeordneten stehen dicht gedrängt um das Rednerpult. Der Ministerpräsident wird fortgesetzt durch Zurufe und Gelächter unterbrochen.) Wir brauchen uns aber hier garricht auf Auslagen zu stützen, sondern ich kann Ihnen (zu den Nat.-Soz.) den gewaltsamen Charakter Ihrer Partei aus Ihren eigenen Anweisungen an Ihre Funktionäre nachweisen, die in den sogenannten Führerbrieffen niedergelegt sind. Erst im Sommer dieses Jahres hat die Nationalliberale Korrespondenz der Deutschen Volkspartei, einer Partei, die doch im Reiche jetzt stark bemüht ist, mit Ihnen gemeinsame Sache zu machen, einiges abgedruckt.

In einem dieser Führerbrieffe vom Juli 1929 heißt es zum Beispiel: „Alles, was der bestehenden Ordnung der Dinge schädlich ist, findet unsere Unterstützung! (Hört! Hört! bei den Regierungsparteien.) Alles, was geeignet ist, diesen jetzigen Staat zu erhalten, lehnen wir ab. Mit einem Wort: Wir betreiben Katastrophen-Politik, weil nur die Katastrophe den jetzigen Staat beseitigen kann!“ (Anhaltendes Hört! Hört! bei den Regierungsparteien; Lärm bei den Nat.-Soz.) In einem Führerbrief vom 15. April 1929 heißt es: „Wir müssen den jetzigen Staat bekämpfen, ruinieren, zerstören, vernichten!“ (Anhaltende Rundgebungen bei den Nat.-Soz. und Rufe: „Das sollen nun Beweise sein!“)

Von demselben Staat, den Sie auf diese Weise gewaltsam kürzen wollen, verlangen Sie nun, daß er Mitglieder der staatsbürgerlichen Parteien in seine Dienste nehme, befolde und mit verantwortlicher Arbeit für den Staat betraue.

Ein Staat, der so handeln wollte, würde sich selbst aufgeben. (Lobh. Zustimmung bei den Regierungsparteien; Lärm bei den Kommunisten und rechts.) Gewiß gibt Artikel 130 der Reichsverfassung den Beamten die politische Meinungsfreiheit. Aber die Reichsverfassung will den Beamten auch keine besonders weitgehende Ausnahmestellung zubilligen. Nach Artikel 118 der Reichsverfassung ist vielmehr jeder Staatsbürger vor dem Gesetz gleich. Schranken sind den Staatsbürgern gezogen durch die allgemeine Disziplinargesetz, das in seinem § 2 den Beamten mit Strafe bedroht, der sich des Verrats un würdig erweist, das sein Amt erfordert.

Ein Beamter, der einer Partei angehört, die offen erklart, den Staat vernichten zu wollen, begibt sich des Rechts, weiterhin Beamter zu sein.

Er zeigt durch sein Verhalten, daß er keinen Sinn für die Würde hat, die ihm Amt als Beamter erfordert. (Zustimmung bei den Regierungsparteien; Lärm rechts und links: „Wie war es beim Munitionsarbeiterstreit!“) Ich glaube nicht, daß bei diesem Streit Beamte mitgewirkt haben. Es wäre ihnen unter dem alten System auch ungeradebunden gewesen.

Der Antrag auf Aufhebung der preussischen Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung des Reichspräsidenten kann gleichfalls nicht eingehend werden. Die Reichsbeamten sind Reichsbeamte; die preussischen Erlasse dazu sind lediglich Anweisungen an die Gemeinden, die auf Grund ihrer Selbstverwaltung allein die ihnen in der Notverordnung gegebenen neuen Ermachtungen auszuführen können.

Wenn die Kommunisten meinen, man kann diese Stellen vermeiden und die Wehrpflichtmittel dadurch erlangen, daß man die Ausgaben für militärische, königliche, polizeiliche und Justizverwaltungen, so kann ich nur erwidern: Wenn ich ein Sowjetland nicht die militärischen, politischen und Justizverwaltungen freieren kann, so der Staat Preußen dazu viel weniger in der Lage. (Lobh. Zustimmung b. d. Reg.-Parteien — Lärm b. d. Komm.) Aber wir können z. B. die Polizeibeamten und die Justizbeamten ganz erheblich geringer zahlen, wenn Sie (zu den Komm.) in Ihren öffentlichen Auftritten sich endlich einmal diejenige Zurückhaltung annehmen wollten, die jeder vernünftige Staatsbürger von einem Beamten erwarten darf. (Lobh. Zustimmung.) Das Stellen solcher Anträge ist geradezu die Wehrpflichtverhöhnung, denn die wissen ganz genau, daß durch solche Anträge militärisch gar nichts erreicht werden kann. Die Lage ist jetzt so ernst, daß es ein Verbrechen am Reich bedeutet, wenn die schwere Not zu unvernünftiger politischer Demagogie ausgenutzt wird. (Anhaltende lärmende Unter-

brechungen b. d. Nat.-Soz. und Komm.). Dem notleidenden Volke wird nicht durch Besprechungen dieser Art geholfen.

Worauf allein jetzt alles ankommt, ist, daß unsere Wirtschaft gesund gemacht und daß Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.

Jede Störung des Wirtschaftslebens muß sich katastrophal für die großen Massen der Arbeiter auswirken. (Lobh. Zustimmung b. d. Reg.-Partei.) Und die Wirtschaft kann nur gedeihlich arbeiten, wenn auch im Ausland Vertrauen in die Ordnung und Stetigkeit in Deutschland herrscht. Wie sehr diese Auffassung zutrifft, können Sie doch aus der Stellungnahme des Auslands zum Wehlausgang vom 14. September erfahren. (Anhaltender Lärm rechts.)

Sind Ihnen (nach rechts) noch immer nicht genug Millionen ins Ausland geflossen? Wissen Sie nicht, daß jede Million, die aus dem Lande geht, weitere Arbeitslosigkeit und Not in Deutschland schafft?

(Fortgesetzte lärmende Unterbrechungen rechts; — Abg. Lohse (Nat.-Soz.): „Ihr habt ja bei Frankreich die Pressestimmen bestellt!“) Und bei alledem wird man in einigen Entwürfen sogar noch verlangt, auch den Landtag aufzulösen. Ich glaube, die deutsche Wirtschaft hat genug an den Folgen der Reichstagswahl vom 14. September (Gelächter und Lärm rechts). Wenn ich vom Parteistandpunkt spräche, würde mich diese Sache gar nicht berühren (ernstes Gelächter).

Sie mögen durch Ihre Demagogie nähergehend einen Stillstand meiner Partei erreichen, aber nie einen Niedergang, wie er Ihnen (zu den Nat.-Soz.) schon nach wenigen Jahren bevorsteht sein wird.

(Lärm bei den Nat.-Soz.: „Frappe! Braun!“) Wenn auch die Panik im Auslande aus Anlaß der Reichstagswahlen nicht in diesem Ausmaß gerechtfertigt erscheint, so habe ich doch kein Verständnis dafür, daß im jetzigen Augenblick überhaupt verantwortungsbewußte Männer weitere Parlamentsauflösungen verlangen können (Lärm rechts: „Kammern Sie sich doch nicht so an den Ministerpräsidenten!“) Diese billigen Späße können Sie sich wirklich sparen. Ohne mich überheben zu wollen, bin ich doch der Meinung, daß gerade der Umstand, daß ich solange auf meinem Ministerposten „gefleht“ habe, zum Besten des deutschen Volkes ausgefallen ist (Beifall und Handklatschen bei den Regierungsparteien; — lärmende Rufe: „Heil Braun!“ bei den Nat.-Soz.; Lärm bei den Komm.)

Denn hätten wir im größten deutschen Staat in ähnlich kurzen Zeiträumen fastgehegt Regierungstrüben gehabt wie im Reich, dann lähe es vielleicht um unsere deutsche Wirtschaft sehr viel schlimmer aus.

Für jeden der weiß, mit wieviel Arbeit und Verantwortung die Stellung eines Ministers heute belastet ist, brauche ich nicht zu betonen, daß es für denjenigen, der schwer an dieser Verantwortung trägt, keinen angenehmeren Augenblick geben kann als den, in dem er von seinem Ministerposten weggehen kann. Ich begreife nicht die Leute, die noch jetzt Ministerposten für erstrebenswert halten (Gelächter und Rufe bei den Nat.-Soz.): „Er hat kein Schicksal im Irdenen!“) Ich würde verziehen, wenn jemand lieber den Posten des Direktors einer Müllabfuhr-Gesellschaft anstrebt (Lärm rechts: „Brolat!“), als den eines Ministers. Denn erstens bekommt er dann das Gehalt und zweitens hat er nicht mit seiner Scham zu tun wie in der

Politik ein Ministerpräsident. (Lobh. Beifall bei den Regierungsparteien.)

Den Antrag auf Auflösung des Landtages hat zuerst die Wirtschaftspartei gestellt, weil sie offenbar verlesen darauf ist, die Wählerfolge vom 14. September noch zu vergrößern. Die Wirtschaftspartei bezieht sich dabei auch auf den Grundgedanken der Demokratie.

Es ist ein besonders groteskes Bild, wenn die geschwundenen Feinde der Demokratie sich jetzt als Hüter der Demokratie aufstellen.

(Lärm rechts.) Sie von der Rechten mögen ja im allgemeinen ganz kluge Leute sein; aber von der Demokratie verstehe ich nicht viel. (Fortgesetzte Unterbrechungen und Rufe: „Ueberheben Sie sich!“) Demokratie besteht nicht darin, daß sofort alle Beamten neu gewählt werden müssen, wenn sich bei einer Wahl ein Stimmungsumschwung in der Wählerschaft zeigt, der durchaus nicht von langer Dauer sein muß. Wollte man so verfahren, dann käme man leicht in die Zwangslage, nicht nur jeden Sonntag, sondern gelegentlich auch noch an Wochentagen wählen zu lassen. Wie sollte man dabei jemals zu praktischer und beständiger Arbeit kommen können? Nach der Verfassung ist der Landtag vier Jahre gewählt worden. Die Wähler haben bei der Landtagswahl ihren Willen dahin bekundet, daß dieser gewählte Landtag für die Dauer von vier Jahren die Staatsverwaltung führen soll. (Anhaltender Lärm bei den Nat.-Soz.)

Schlagen Sie (zu den Nat.-Soz.) nur weiter Fraktionen auf. Die ersten kleineren Wahlen nach der letzten Reichstagswahl haben bereits einen Stimmenrückgang für Sie wieder gebracht.

Es ist deshalb verkehrt, aus der Reichstagswahl den Schluss zu ziehen zu wollen, daß die Wähler, die in jenem Augenblick irgend einem Einfluß das neue Reichsparlament so gestaltet haben, nun auch den preussischen Landtag anders zusammensetzen wollen (Gelächter rechts und bei den Kommunisten.) Wenn die Wähler mit dem Reichstag unzufrieden waren, können sie doch sehr wohl mit der ruhigen Arbeit des Landtags zufrieden sein. (Stürmische Rufe rechts und bei den Kommunisten.) — Präsident Barthelemy fordert die Abgeordneten auf, von der Rednertribüne weg ihre Plätze zu gehen. Abg. Lohse (Nat.-Soz.), der dieser Meinung nicht folgt, wird von der Sitzung ausgeschlossen. Als trotzdem den Saal nicht verläßt, unterbricht der Präsident die Sitzung auf 5 Minuten.)

Nach Wiederöffnung der Sitzung teilt Präsident Barthelemy mit, daß Abg. Lohse (Nat.-Soz.) auf acht Tage ausgeschlossen ist. Ministerpräsident Dr. Braun schließt seine Ausführungen ab, erklärt, daß das deutsche Volk sich in einem Frieden zu befinden; das zeigt das Anwachsen der Stimmen für die Nationalsozialisten und Kommunisten. Erst wenn der Gesundheitszustand nicht mehr vorhanden sei, könne das deutsche Volk gebunden. (Lobhafter Beifall in der Mitte; stürmische Rufe bei den Nat.-Soz. und Komm.: „Nieder! Nieder!“)

Abg. Kube (Nat.-Soz.) beantragt, den Fraktionslosen die Redezeit zu bemilligen wie den Fraktionen.

Präsident Barthelemy erklärt, daß ein solcher Antrag nicht zulässig sei. Der Vortragsredner habe die Redezeit so festgelegt. Ein Antrag des Abg. Korb (Nat.) auf sofortige Einberufung des Vortragsrats wird abgelehnt.

Der Abg. Schwent (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Aus seinen Ausführungen geht u. a. hervor, daß

Nazi-Minister Dr. Franken ein notorischer Lügner

Der staatsbürgerliche Nazi-Minister Dr. Franken will keine Berliner Heldenstatue vom letzten Montag an der Leipziger Straße haben. Insbesondere will er auf der Potsdamer Bahnhofstraße nicht gelagt haben, daß sein verheirateter Freund, der Gutsbeitzer Guth, mit dem preussischen Landtagsabgeordneten Lohse, dessen amtlichen Ausweis Guth der Polizei vorgezeigt hatte, identisch sei.

Diese Behauptung des Herrn Franken steht in schroffem Widerspruch zu den präzisen Aussagen des diensttuenden Polizeioffiziers. Dieser Offizier hat zu Protokoll gegeben, daß Minister Franken auf der Höhe erklärt, und zwar wiederholt erklärt habe, der verheiratete Guth sei niemand anders als der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse, er kenne diesen gut und könne ihn legitimieren. Als der wachhabende Offizier dem Minister darauf aufmerksam machte, daß das Gesicht des Verheirateten mit der Photographie des Landtagsabgeordneten keinerlei Ähnlichkeit habe, erklärte Franken, das komme nur daher, weil der Abgeordnete keine Hornbrille trage. Franken verlangte dann, daß man den angeblichen Abgesandten sofort freilasse, sonst machten sich die Polizeibeamten freier. Als ihm erwidert wurde, der Verheiratete sei auf früherer Zeit erlapt worden, wolle er, selbst wenn er Abgeordneter sei, in Haft bleiben, erklärte der Minister, diese Bestimmung treffe nur ein Verbrechen oder schweres Ver-

gehen. Als der Polizeimajor schließlich die Waage verließ, ging Minister Franken den wachhabenden Beamten beiseite und sagte ihm wütlich: „Ich habe es Ihnen in Gegenwart der anderen Beamten nicht sagen wollen, aber ich weiß, daß der Verheiratete nicht der Abgeordnete Lohse, sondern der Gutsbeitzer Guth ist.“

Jetzt stellt sich der Nazi-Minister hin und spielt das Schicksal, wie es bei den Nazis gang und gebe ist, wo es ihm Unheil anrichtet. Wahrscheinlich wird sich der feige Nazi-Held schon in den nächsten Tagen vor dem Richter verantworten haben. Es wird dann Gelegenheit sein, die Repräsentanten des „Dritten Reiches“ der Öffentlichkeit mehr als bisher in seiner ganzen Größe vorzuführen.

Fried soll als „Minister“ verschwinden

Die thüringische Volkspartei wünscht es, daß er als Minister in Thüringen abtreten möchte, er als Vorsitzender einer 107 Mann starken Reichstagsfraktion keine Zeit mehr habe, sich um die Regierungsgeschäfte in Thüringen zu kümmern. Fried ist in den letzten Sitzungen der Thüringer Regierung nicht mehr anwesend gewesen.

Henker Johnny

Roman von Myrtle Johnson
Aus dem Englischen übertragen von Franz Feis
(Hochdeutsch verfasst.)

Als sie Rosa sah, merkte sie, daß die kleine Frau sich geändert hatte.

Der Herr war ebenfalls verändert, und ihr weiches, lächelndes Gesicht zeigte eine trübliche Note.

„Guten Tag, Mrs. Fogarty“, sagte Anna. „Sie werden mich nicht kennen. Ich bin Mrs. Craghan.“

„Mrs. Craghan?“ Die Frage klang erschrocken. „Mrs. Johanna Craghan?“

„Ja, Mrs. Craghan bei einer Schenkung in der St. Bridget Church.“

„Rosa würde ja lange und glücklich sein.“

„Warum sind Sie gekommen?“ fragte sie dann.

„Ich dachte, es würde Ihnen Freude machen, wenn jemand in Ihrem Hause und ein bißchen mit Ihnen spricht. Ich habe Sie natürlich nicht, aber jetzt rede ich mit Ihnen, weil Sie mir so lieb sind.“

„Aber Sie werden nicht kommen.“

„Aber Sie werden nicht kommen“, sagte sie nicht.

„Ihre Bekanntschaft ist ein paar Tage, und werden Sie sich nicht wundern, wenn Sie mich nicht kennen?“

„Es wird Ihnen nicht lieb sein“, sagte sie ruhig. „Warum?“

„Das meine Sie nicht, Mrs. Fogarty.“

„Ja, Sie sind nicht meine Mutter. Ich habe damals in der Bekanntschaft mit Ihnen.“

„Das“, rief Anna. „Sie wissen nicht, was Sie sagen.“

„Aber warum ist die jähle, jüngere kleine Frau an und wollte nicht glauben, daß diese jemals eine Witwe in die Hand genommen und einen großen Mann losgelassen haben sollte.“

„Was ich Ihnen sage, ist die Wahrheit. Und es ist mir auch ganz gleich, wer es weiß.“

Der Mann, in dem sie sprach, klang überzeugend, und Anna dachte, sie würde sich jetzt abgeben lassen.

„Aber auf jeden Fall glaube ich, daß Sie gezeigt werden soll“, sagte sie ruhig. „Und wenn Sie einen tüchtigen Bekanntschaft haben, können Sie mir helfen.“

„Aber ich würde an Ihrer Stelle so etwas nicht sagen, nicht einmal bei mir selber.“

„Schonmal? Das will ich gar nicht. Wenn man mich fragt, werde ich die Wahrheit sagen, wie ich sie immer gesagt habe.“

„Aber warum ist es nicht so?“

„Sie wollen gehen? Das verstehe ich nicht.“

„Ich habe kein Verstehen“, sagte Rosa verärgert, „und ich will keine Beziehungen darüber erhalten. Da kommt ein fremder Herr manchmal her und redet mit mir, und der sagt, wenn ich nicht die Wahrheit sage, kann er die Richter beschuldigen, daß sie lügen, wenn anders hat es sein, und da kann ich mich nicht beschuldigen.“

„Aber das wollen Sie ja auch“, rief Anna, die noch immer nicht glauben konnte.

„Ich will es eben nicht.“ Ein Knurren verzerrte das kleine Gesicht. „Es würde gar nichts helfen, wenn die Richter das glauben würden. Und Sie werden es auch nicht glauben, nicht wahr?“

„Sie sind ja nicht so sehr in Anna auf.“

„Ja, wenn Sie denn nicht“, sagte sie, ganz langsam, „wie zu einem Kind, sprechen, daß Sie erregt werden, wenn man Sie wirklich sieht? Wollen Sie das nicht?“

„Rosa konnte die Augen nicht von dem Mann abwenden, der so ruhig an ihrem Tisch saß.“

„Oh, das will ich“, murmelte sie. „Ich gebe mir Mühe, nicht davon zu reden.“

„Ich kann Sie nicht begreifen“, rief Anna. „Sie sind auf Mrs. Fogarty, wollen Sie mir nicht sagen, wenn Sie mich so beschuldigen?“

„Ich habe meinen Mann erschossen“, sagte Rosa verbittert. „und es ist mir ganz gleich, wer es weiß und was mit mir geschieht, und alles.“

Als Anna die verblichene, widerstandslose kleine Gestalt sah, beschloß sie, nicht zu wiederholen, daß sie von ihr angewidert sein sollte, und doch war sie es nicht.

„Ist es Ihnen jetzt nicht leid?“ fragte sie aus Neugier.

„Nein“, gar nicht. Vielleicht werde ich das dem Richter sagen.“

Sie sahen einander ins Gesicht, und Rosa hatte wieder diesen absonderlichen, forschenden Blick in den Augen.

Dann sah Anna etwas Wertwörter. Die heimliche Freude in ihr, die alles Dunst, Juppallide in ihrem Leben getrieben — ohne einen Feind nach Dublin zu gehen, ein solches Reich anzusehen — gewann wieder die Oberhand.

„Sie armes kleines Ding“, sagte Anna. „Ich weiß nicht, warum, aber Sie tun mir leid. Ich glaube, Sie sind nie glücklich gewesen“, und sie legte ihre Arme um Rosa Fogs und küßte sie.

Kennungsmanzigtes Kapitel

In diesem Abend ging Johnny nicht aus. Er war in den letzten Tagen sehr viel zu Hause geblieben.

Er lag am Fenster, und wenn Anna einmal von ihrer Arbeit aufstand, erklärte sie einen so hoffnungsvollen Blick in den Augen, daß er sich nicht wehren konnte.

„Sie werden mich nicht verlassen“, sagte sie ernstlich.

„Reich da, was ich heute getan habe?“ sagte sie mit einem Blick ins Portobello-Gefängnis gegangen und Mrs. Fogarty befragt.“

„Sag mir, er wie elektrisiert hoch.“

„Da hat Rosa Fogarty befragt?“ rief er. „In seinen Augen sind die eigenartigen, geistlichen Blick.“

„Ich, wie kann ich so dumm sein“, murmelte Anna. „Ihre Mutter die Rede fallen lassen.“

„Ich hätte daran denken, daß die Mrs. Fogarty-Sache ihn immer so wunderbar macht.“

„Das sagte sie: „Es war nicht viel, Johnny, ich bin nur gegangen, weil mir die arme Frau leid getan hat.“

„Was hat sie gesagt?“

„Ich muß es wissen, ich muß wissen.“

„Er sagte sie wird am Arm, als wollte er die Hand aus ihr herausziehen.“

„Johnny, was ist mit dir? Du siehst so wunderbar aus.“ (Fortsetzung folgt.)

...nisten das nationalsozialistische Volksbegehren auf Auf-
...des Landtags abzulehnen, da es nur auf Befehl Hugenberg's
...worden sei und es lediglich der Aufriktion einer
...Diktatur dienen soll.
...hnen seine Rede beendet hatte, beantragte Ab-
...Ladenborff (Np.) die Herbeiführung des Minister-
...Es kommt wieder zu lärmenden Unterbrechungen.
...ent. Es wird unter förmlicher Heiterkeit festgestellt, daß
...Präsident Otto Braun im Saal auf seinem Ab-
...etenplatz sitzt. Abg. Ladenborff zieht hierauf seinen Antrag
...berufung des Ministerpräsidenten zurück.
...Ladenborff (Wirtschp.) begründete den Auflösungs-
...der Wirtschaftspartei damit, daß der Landtag und die
...der Braun kein Vertrauen mehr bei der Mehrheit des
...Nicht die Staatsform und auch nicht die Demo-
...sien schuld an den heutigen Zuständen in Deutschland,
...sien vielmehr zurückzuführen auf die von den Sozial-
...sien abhängige Politik. Die Sozialdemokraten hätten ja
...reits bei den Reichstagswahlen die Quittung erhalten.
...Bord (Dnt.) gab bei Begründung des deutsch-
...Abg. Antrages in erster Linie dem Zentrum die Schuld an
...zuständen in Preußen, das der Wirtschaft der Regierung
...in jedem Augenblick durch die Zurückziehung seiner Minister
...ein Ende machen können. Das Zentrum schlaue aber sogar
...sozialistischen Kultusminister, der gefährliche Schul-
...mente mache und dubie Zustände, die die Rechtsunsicherheit
...en. Ausländer (Komm.) begründete den kommunistischen
...Abg. auf Beilegung des Erlasses, der den Beamten die Zu-
...keit zur KPD. verbietet.

Abg. Ruschle (Dem.) wändte sich in Begründung des
demokratischen Antrages gegen die Ausschreitungen in der Berliner
Innenstadt bei der Reichstagsöffnung und wies besonders auf
die nachteiligen Folgen hin, die Deutschland dadurch im Auslande
ermachen. Als unerhört bezeichnete der Redner, daß der national-
sozialistische Abg. Lohse seine Freifahrtkarte einem Partei-
angehörigen zur Verfügung stellte und daß der Braunschweigische
Ministerpräsident und Amtsgerichtsrat Franzen dabei wider
besseres Wissen falsche Befundungen vor der Polizei gemacht habe.
Abg. Kexel (Nat. Soz.) begründete das Verlangen seiner
Freunde auf Aufhebung des Uniform-Verbotes für die National-
sozialisten. Als er behauptete, nicht Nationalsozialisten, sondern
Kommunisten hätten die Scheiben in Berlin eingeworfen, erhob
sich auf der äußersten Linken großer Lärm. Der Präsident erteilte
einige Ordnungsrufe und sah sich schließlich genötigt, die Sitzung
wiederum auf fünf Minuten zu unterbrechen.
Nach Wiederaufnahme begann die allgemeine Besprechung
der Anträge.
Abg. Winger (Soz.) sprach sich gegen die Auflösung des
Landtags aus. Er mahnte die Wirtschaftspartei, im Interesse
des Mittelstandes zu bedenken, wie Vorfälle wie das Einmischen
von Fensterheben bei Geschäftsleuten gerade auf die Wähler
der Wirtschaftspartei zurückwirken müßten. Die Wirtschaftspartei
besorge mit ihrem Antrag nur die Geschäfte der Nationalsozialisten.
Gegen diejenigen Beamten, die Parteien angehören, die den
Staat gewalttätig besitzigen wollen, hätte die Regierung schon viel
früher vorgehen müssen.
Gegen 17 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag
12 Uhr vertagt. Außerdem Abstimmung über den kommunistischen
Misstrauens-Antrag gegen das Kabinett Braun.

Dauer der außerordentlichen Arbeitslosigkeit die 10stündige
Arbeitswoche vorzieht unter gleichzeitiger Verpflichtung zur Ein-
stellung neuer Arbeitskräfte. Außerdem wird ein Gesetzentwurf
verlangt, durch den die Einkünfte aus selbständiger Berufstätigkeit
und als Arbeitslohn auf die Pensionen und Hinterbliebenen an-
zurechnen sind. Ferner wird eine durchgreifende Preis-
lenkung insbesondere bei den Grundstoffen der Industrie, der
Lebensmittel und anderer Gegenstände des Massenbedarfs ge-
fordert. Die vollstetige Einuhr von Gefrierfleisch soll wieder her-
gestellt werden. Schließlich enthält der Antrag Maßnahmen zur
Bekämpfung der bedrohlich anwachsenden Kapital- und Steuer-
flucht.
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird außerdem
den Reichsarbeitsminister auffordern, den Schiedspruch
vom 10. Oktober über die Berliner Metallindustrie nicht für
verbindlich zu erklären.

Sehr erfreulich für Beamte

die Nazis gewährt haben
Weimar, 16. Oktober. (Eigener Funkbericht.)
Ein beamtenfeindlicher Antrag der Thüringer Regierung
im Reichsrat belagt: „Beamte, die nach einer entsprechend vor-
geschriebenen oder herkömmlichen beamtenmäßigen Vor- und
Ausbildung im öffentlichen Dienst angestellt worden sind, erhalten
kein Ruhegehalt und ihre Hinterbliebenen kein Witwen- oder
Waisengeld, Ausscheidende oder ausgeschiedene Reichs- und
Landesminister, die im Zeitpunkt der Übernahme des Ministerial-
amtes Beamte im öffentlichen Dienst oder Ruhegehaltsempfänger
sind, erhalten nur das Ruhe- oder Wartegeld des Dienst-
einkommens ihres früheren Amtes unter Berücksichtigung der
verlängerten Dienstzeit und der Beförderungsmöglichkeiten.
Dieses gilt entsprechend für ihre Hinterbliebenen. Das Ruhe-
geld darf in keinem Falle 12 000 Mark im Jahre übersteigen.“

Maßnahmen gegen beteiligte Schüler bei dem Berliner Schaufenstersturm

An den Berliner Kramallen vom letzten Montag waren
u. a. neun Schüler beteiligt, die polizeilich fest-
genommen wurden. Der preussische Kultusminister hat sofort
veranlaßt, daß die Beteiligung der einzelnen Schüler an den
Ausschreitungen genau festgestellt und gegen Schuldige mit den
schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird.

Einer vom dritten Reich

München, 15. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
Unter dem dringenden Verdacht der passiven Beistellung
wurde das nationalsozialistische Stadtratsmitglied
Gradl-Kürnberg seines Amtes als Referent des städtischen
Platinforschungswesens enthoben. Der Staatsanwalt hat ein Er-
mittlungsverfahren eingeleitet. Gradl hat sich für sich oder eine
Partei — das steht noch nicht fest — von dem Prokuristen eines
Münchener Platinforschungs 2500 Mark geben lassen, wofür er ihm
persönliche Vorteile im Platinpachtvertrag zusicherte. Der Pro-
kurist hat vor einigen Tagen Selbstmord verübt, nachdem ihm
schwere Veruntreuungen zur Last gelegt worden waren.

Die Pariser Morgenpresse zur Reichstagspräsidentenwahl

Paris, 16. Oktober. (Eigener Funkbericht.)
Die Wiederwahl Lohses zum Reichstagspräsidenten wird auch
von der heutigen Morgenpresse in Paris sehr freundlich kommen-
tiert. Daß man dieser Wahl in Berlin in gewissen Kreisen keine
politische Bedeutung beimessen, sondern sie nur als einen per-
sönlichen Erfolg Lohses werten will, hat hier sehr erkannt. Die
deutschen Republikaner sind wirklich mehr als begeistert in ihrem
Sieg. „Recht Parisien“. Es sei die erste heilsame Folge
der Berliner Straßenunruhen, sagt der sozialistische „Populaire“,
daß die bürgerliche Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten
zum ersten Mal durchbrochen sei. Zum ersten Mal schreibt auch
der „Quotidien“, habe sich im Reichstag eine Mehrheit des Wider-
standes gezeigt, die bei einigem guten Willen die Verschärfung
der Unruhepolitik gegen die Weimarer Verfassung und den Frieden
Europas entgegen zu tun machen könne. Allerdings fehle der
Mehrheit vom Mittwoch noch ein charaktervoller Führer, fügt die
„Ere Nouvelle“ hinzu, der sie befehligen und zum Siege führen
könnte. Diesen Führer habe man jedoch in der Person des
preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun.

Ein gelehriger Schüler

Innenminister Starhemberg als Baudit.
Während des Hitlerputsches entführten bewaffnete National-
sozialisten den Münchener sozialdemokratischen Bürgermeister
Eduard Schmid und mehrere Stadträte der Links-
parteien. Sie schafften sie zunächst ins nationalsozialistische
Hauptquartier in München. Dort wurden die Festgehaltenen be-
schimpft, mit Gewehrholben geschlagen und mit Erschießen
bedroht. Am Nachmittag wurden sie aus der Stadt heraus-
geführt. In einem Walde wurde ihnen angekündigt, daß sie
erschossen werden würden. Sie wurden von einem Exekutiv-
kommando seitwärts in den Wald geführt. Sie wurden nur da-
durch gerettet, daß die Halenkreuzbände inzwischen die Nachricht
vom völligen Zusammenbruch des Hitlerputsches in München
erhielt.
An dieser Entführung wie an der bestialischen Behandlung
der Gefangenen nahm ein junger, von Hitler begeisterter öster-
reichischer Adliger teil. Er gehörte zu den Schlimmsten dieser
Bande. Er hat sich seitdem weiter fortentwickelt und ist ein über-
aus gelehriger Schüler Hitlers geworden. Er ist heute Innen-
minister der deutschösterreichischen Republik
es ist jener Starhemberg, der den Kopf des „Haken-
Breiters, des Finanzdezernenten von Wien, nach Hitlerischem
Vorbild in den Sand rollen lassen will!

Erste Niederlage der Reaktion

Scholz, dukendfacher Aufsichtsrat und Vertreter des Hochkapitals als Präsidentenkandidat der Nazis, gegen Löbe unterlegen — Alle Anträge zur Kürzung der Gehälter und Diäten dem Ausschuss überwiesen

Die Tribünen und der Sitzungssaal sind ebenso dicht besetzt
wie bei der ersten Sitzung. Die Nationalsozialisten sind
„civil“ erschienen. Der Regierungssitz ist unbefestigt,
und die Reichsstaatsbevollmächtigten der Länder in großer
Zahl erschienen sind.

Ministerpräsident Herold eröffnet die Sitzung, auf deren
Antrag als erster Punkt die Wahl des Präsidenten, der
Vizepräsidenten und der Schriftführer steht.
Der Ministerpräsident verliest die Paragrafen der Geschäfts-
ordnung, die sich auf die Präsidentenwahl beziehen.

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt die Wiederwahl des bis-
herigen Reichstagspräsidenten Löbe vor.
Abg. Nippel (Christ.-Soz. Volksdienst) verliest unter Lärm
den folgenden Antrag: „Wir Abgeordnete
des Reichstages der Volkswirtschaften sind mit einem großen Teil des
Landes der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom
15. September eine Verletzung der Machtverhältnisse nach
bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammenfassung
den Kurs der Regierung beachtet werden muß. Wir sind
der Meinung, daß die Zusammenfassung des Vorstandes
des Präsidiums des Reichstages durch die gegenwärtig
tätige Geschäftsordnung nach den §§ 8 und 9 zu regeln ist.
Wir fordern, daß diese Zusammenfassung des Präsidiums, die
vielfachiger Lösung nach der Stärke der
Parteien getätigt worden ist, zu einer parteipolitischen
Frage geknüpft werden soll. Unsere rein sachliche Ein-
sicht gebietet uns daher, in dieser mehr geschäftsordnungs-
mäßig denn politischen Frage uns an den Wortlaut und Sinn
der Geschäftsordnung zu halten.“

Abg. Dittmann (Soz.) schlägt unter Hört! Hört!-Rufen der
Sozialdemokraten den Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) als Reichs-
präsidenten vor.
Abg. Förgler (Komm.) erklärt, die Kommunisten würden
die antisozialistische Partei in diesem Young-Reichstag
aufhalten der übrigen Parteien nicht mitmachen. Sie
würden nicht eine Loyalitätserklärung abgeben wie die
Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei
nennt, es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des
Hochkapitals, zu ihrem Kandidaten machen. (Lärm bei den Natf.,
bei den Komm.)

Abg. Dr. Fried (Natf.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-
er!“ Dr. Fried erklärt, die Wahlen hätten deutlich den
demokratischen Front ergeben und vor allem der
demokratie eine Niederlage beigebracht. Die National-
sozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es
den bei den Wahlen bekundeten Volkswillen ins Gesicht
zu schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und
sozialdemokratische Löbe gewählt würde. —
Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch Zurufe
unterbrechen, rufen bei seinen letzten Worten: „Das wagt
die Wahl des Reichstagspräsidenten wird dann durch Namensaufruf
abgegeben.“

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, die Kommunisten würden
die antisozialistische Partei in diesem Young-Reichstag
aufhalten der übrigen Parteien nicht mitmachen. Sie
würden nicht eine Loyalitätserklärung abgeben wie die
Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei
nennt, es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des
Hochkapitals, zu ihrem Kandidaten machen. (Lärm bei den Natf.,
bei den Komm.)

Abg. Dr. Fried (Natf.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-
er!“ Dr. Fried erklärt, die Wahlen hätten deutlich den
demokratischen Front ergeben und vor allem der
demokratie eine Niederlage beigebracht. Die National-
sozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es
den bei den Wahlen bekundeten Volkswillen ins Gesicht
zu schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und
sozialdemokratische Löbe gewählt würde. —
Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch Zurufe
unterbrechen, rufen bei seinen letzten Worten: „Das wagt
die Wahl des Reichstagspräsidenten wird dann durch Namensaufruf
abgegeben.“

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, die Kommunisten würden
die antisozialistische Partei in diesem Young-Reichstag
aufhalten der übrigen Parteien nicht mitmachen. Sie
würden nicht eine Loyalitätserklärung abgeben wie die
Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei
nennt, es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des
Hochkapitals, zu ihrem Kandidaten machen. (Lärm bei den Natf.,
bei den Komm.)

Abg. Dr. Fried (Natf.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-
er!“ Dr. Fried erklärt, die Wahlen hätten deutlich den
demokratischen Front ergeben und vor allem der
demokratie eine Niederlage beigebracht. Die National-
sozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es
den bei den Wahlen bekundeten Volkswillen ins Gesicht
zu schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und
sozialdemokratische Löbe gewählt würde. —
Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch Zurufe
unterbrechen, rufen bei seinen letzten Worten: „Das wagt
die Wahl des Reichstagspräsidenten wird dann durch Namensaufruf
abgegeben.“

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, die Kommunisten würden
die antisozialistische Partei in diesem Young-Reichstag
aufhalten der übrigen Parteien nicht mitmachen. Sie
würden nicht eine Loyalitätserklärung abgeben wie die
Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei
nennt, es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des
Hochkapitals, zu ihrem Kandidaten machen. (Lärm bei den Natf.,
bei den Komm.)

Abg. Dr. Fried (Natf.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-
er!“ Dr. Fried erklärt, die Wahlen hätten deutlich den
demokratischen Front ergeben und vor allem der
demokratie eine Niederlage beigebracht. Die National-
sozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es
den bei den Wahlen bekundeten Volkswillen ins Gesicht
zu schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und
sozialdemokratische Löbe gewählt würde. —
Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch Zurufe
unterbrechen, rufen bei seinen letzten Worten: „Das wagt
die Wahl des Reichstagspräsidenten wird dann durch Namensaufruf
abgegeben.“

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, die Kommunisten würden
die antisozialistische Partei in diesem Young-Reichstag
aufhalten der übrigen Parteien nicht mitmachen. Sie
würden nicht eine Loyalitätserklärung abgeben wie die
Nationalsozialisten. Für diese Partei, die sich Arbeiterpartei
nennt, es bezeichnend, daß sie Scholz, den Vertreter des
Hochkapitals, zu ihrem Kandidaten machen. (Lärm bei den Natf.,
bei den Komm.)

Abg. Dr. Fried (Natf.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Wertheim-
er!“ Dr. Fried erklärt, die Wahlen hätten deutlich den
demokratischen Front ergeben und vor allem der
demokratie eine Niederlage beigebracht. Die National-
sozialisten würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen, denn es
den bei den Wahlen bekundeten Volkswillen ins Gesicht
zu schlagen, wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und
sozialdemokratische Löbe gewählt würde. —
Sozialdemokraten, die den Redner dauernd durch Zurufe
unterbrechen, rufen bei seinen letzten Worten: „Das wagt
die Wahl des Reichstagspräsidenten wird dann durch Namensaufruf
abgegeben.“

Kandidatur Dr. Scholz eine schwere Sünde wider das Hakenkreuz
begangen. Als Torgler weitere Angriffe gegen die National-
sozialisten richtet, rufen diese „Schluß!“, „Abtreten!“ und ver-
üben einen solchen Lärm, daß Torglers Ausführungen unverständ-
lich bleiben.

Auf Vorschlag des Präsidenten Löbe wird die Zettelwahl
des ersten Vizepräsidenten in derselben Weise vorgenommen, wie
sonst der Hammersprung erfolgt. Dadurch wird wesentlich weniger
Zeit verbraucht als beim Namensaufruf. Während des Wahl-
aktes begibt sich Reichsanwalt Dr. Brüning zum Präsidenten-
sitz, um den Präsidenten Löbe zu beglückwünschen.

Abgegeben wurden 534 Stimmen. Mit der absoluten Mehr-
heit von 288 Stimmen ist Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) zum ersten
Vizepräsidenten gewählt. 171 Stimmen fielen auf den Abge-
ordneten Eiler (Ztr.), 67 auf den Abg. Pief. Ungültig waren
8 Stimmen.

Die Nationalsozialisten begrüßen das Wahlergebnis mit
Rufen und Heil-Hufen.
Als zweiter Vizepräsident wird dann der Abg. Eiler (Ztr.)
mit 27 Stimmen gewählt. 65 Stimmen fielen auf den Abge-
ordneten Pief (Komm.), 15 sind ungültig und zersplittert.

Für die dann folgende Wahl des dritten Vizepräsidenten
schlägt Abg. Herzt (Dnt.) den Abg. Graef-Thüringen
(Dnt.), Abg. Dittmann (Soz.) den Abg. Dr. Pflieger von
der Bayerischen Volkspartei vor. Bei dieser Wahl werden
492 gültige Stimmzettel abgegeben, von denen 227 auf Graef-
Thüringen (Dnt.), 176 auf Dr. Pflieger (Bayr. Sp.), 66 auf
Pief (Komm.) und 21 auf v. Kardorff (D. Sp.) lauten,
während 2 zersplittert sind. Da die absolute Mehrheit von keinem
Kandidaten erreicht ist, findet Stichwahl zwischen Graef und
Dr. Pflieger statt. Sie ergibt die Wahl des Abg. Graef-
Thüringen (Dnt.) mit 231 gegen 200 Stimmen, die der Abge-
ordnete Dr. Pflieger (Bayr. Sp.) erhält, während von den
Kommunisten 67 ungültige Stimmzettel abgegeben worden sind.

Damit sind der Präsident und die drei Vizepräsidenten, die
übrigen gleichberechtigt sind, gewählt.
Die Wahl der zwölf Schriftführer wird hierauf in einem
Wahltag vorgenommen. Das Resultat soll in der Donnerstag-
Sitzung mitgeteilt werden.

Auf der Tagesordnung steht weiter der sozialdemokratische
Antrag, wonach die Diäten der Reichstagsabgeordneten sofort um
20 Prozent herabgesetzt werden sollen. Der Antrag verlangt
außerdem eine Regierungsvorlage, durch die auch die Bezüge des
Reichspräsidenten, der Minister und Ministerpräsidenten entsprechend
gekürzt werden und die Pensionen den Höchstbetrag von
12 000 Mark nicht übersteigen sollen. Dieser Antrag und ähnliche,
von den Kommunisten, der Landvolkspartei und den National-
sozialisten gestellte Anträge werden ohne Debatte dem Aulasten-
rat und dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Gegen 8 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, 3 Uhr.
Auf der Tagesordnung stehen die Regierungserklärung und die
von den Parteien zur Notverordnung, zur Innen- und Außen-
politik gestellten Anträge, sowie der Amnestieantrag.

Sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen großen
Antrag ausgearbeitet zur Bekämpfung der Wirt-
schaftskrise, zur Eindämmung der wachsenden Arbeitslosig-
keit und zur Verbesserung der Verleumdung breiter Volksmassen.
In diesem Antrag wird ein Gesetzentwurf verlangt, der zum
Zweck der richtigen Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten ist.

Heute Regierungserklärung

Die Regierungserklärung, die Reichsanwalt
Brenning heute nachmittags im Reichstag abgeben wird,
ist verhältnismäßig kurz und dennoch erst nach langer
und schwieriger Beratungen des Kabinetts zustande-
gekommen. Die Erklärung wird zunächst auf die Not-
verordnungen des Reichspräsidenten Bezug nehmen und
dann auf Grund der gegenwärtigen finanziellen und
wirtschaftlichen Situation, die zur Fortsetzung des
Sanierungswerkes geplanten neuen Maßregeln er-
läutern.

Der Vorschlag über die Außenpolitik ist ebenfalls
in langwierigen Sonderbesprechungen äußerst vorsichtig
formuliert worden. Was die Regierungspolitik betrifft,
so dürfte angekündigt werden, daß die Entscheidung über
die etwaige Stellung eines deutschen Antrags auf Ge-
währung eines Moratoriums erst dann möglich sei, wenn
die innere Sanierung hinreichend geklärt sein werde.
Ein weiterer Raum wird in der Regierungserklärung
der Sozialpolitik gewidmet sein. Vor allem dürfte der
Reichsanwalt hier auf Wunsch des Reichsarbeitsministers

nähere Ausführungen über die Grenzen der Lohnpolitik
machen.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird
eine Stunde nach der Verlesung dieser Erklärung
beginnen.

„Deutsches Landvolk“ für die Mis- trauensanträge gegen Brüning

Die Fraktion „Deutsches Landvolk“ ändert an, daß sie den
Misstrauensanträgen gegen die Regierung Beifugung zukommen
werde. Außerdem stellt sie eigene Misstrauensanträge gegen
einzelne Kabinettsmitglieder, so vor allem gegen den Reichs-
außenminister Curtius in Aussicht.
Auf der Höhe „Deutsches Landvolk“ hat Reichsminister
Ehrlich kandidiert. Er ist zweifellos auch heute noch der politische
Exponent dieser Gruppe.
Die Abgeordneten des Bayerischen Bauernbundes im Reichs-
tag haben sich der Fraktion „Deutsches Landvolk“ angeschlossen.
Damit ist diese Fraktion, der bereits die drei Abgeordneten des
Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes beigetreten
sind, nunmehr 27 Abgeordnete hat.

Freitag und
Sonnabend

billige Lebensmittel

Sowohl
Vorrat

Margarine Pfund 0.46
Molkerei-Tafelbutt. Pfund 1.56 und 1.46
Schweineschinken mit Beilage, Pfund 0.95
Frische Ananas Pfund 1.10
Fettbücklinge Pfund 0.38 an
Kokosfett 1 Pfund-Tafel 0.48
Gemischte Früchte- Marmelade 0.75 2 Pfund-Eimer

Käse u. Fett
Camembert vollfett Schachtel 0.22
Grünland Spezial Schachtel 0.48
Schweizer Dän. 1/2 fett Pfund 0.84
Tilsiter ohne Rinde 1-Pfund-Block 0.82
Schweizer Bayr. vollfett Pfund 1.18 an
Fr. Fleisch
Kalbskamm Pfund 0.94
Kalbsbrust u. Nierenbraten 1.08
Schweinebauch mit Beilage Pfund 0.75
Schweinerücken mit Beilage Pfund 0.90
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 1.00
Schmorfleisch ohne Knochen Pfund 1.20
Querleiste Pfund 0.80
Gehacktes und Gulasch 0.80

Obst
Gravensteiner kalifornische Pfund 0.48
Zitronen Duizend 0.38 an
Bananen Pfund 0.46
Mußäpfel Pfund 0.24
Weintrauben Pfund 0.28
Wurst
Würstchen (Wien Art) 4 Paar 0.50
Braunschweiger echt Stück ca. 125 g 0.98
Wellwurst Stück 0.25
Blut- u. Leberwurst Haltsche Pfund 0.70
Teewurst Pfund 1.70
Jagdwurst Mortadella Pfund 1.50
Kalbsleber- u. Sard-Leberwurst Pfund 1.50
Salami, Zervelat (Wolfs her) Pfund 1.75

Wild-Geflügel
Fettenten Pfund 0.98 an
Bratgänse Pfund 1.00 an
Fasanen - Hähne Stück 2.20 an
Fasanen - Hennen Stück 1.50 an
Hasen gestroift u. ausgeworft. Stück 4.50 an
Konserven
Aprikosen-Konfit. 2-Pfund-Eimer 1.10
Erdbeer-Konfitür. 2-Pfund-Eimer 1.32
Aprikosenpulp spanisch 10-Pfd.-Dose 3.25
Orangen-Konfit. (Orken) 2-Pfd.-Eimer 1.30
Stang. Spargel mittelstark 1/2 Dose 2.50
Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Wein vom Faß
Cyder (süßvergorener Apfelwein) Liter 0.70
Johannisbeerw. vollfett Liter 0.76
Wermuth (kräuterr.) Lit. 1.10
Tarragona rot, edl. Ltr. 1.15
Rheinwein süßlig Maikammerer Liter 0.95
Kof.-Waren
Sultaninen Pfund 0.48 0.36
Mandeln süße Pfund 1.48
Kartoffelmehl Pfund 0.16
Auszugsmehl Weizengries Pfund 0.24
Steinpilze getr. Pfund 2.40

Eier-Schnitt-M Pfund 0
Backobst gemischt Pfund 0
Röstkaffee frisch, Pfund von 1.9
Hammelvordere Fleisch Pfund 1
Gekocht. Schinken ohne Schwarte, 1/4 Pfd 0
Räucherspeck extra stark, Pfund 1

WERTHEIL

Am 14. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr
verschied nach kurzem, schwerem Leiden
meine liebe Frau, unsere gute Mutter,
Großmutter und Tante

Marie Hampel
geb. Zimmer.

Breslau, den 15. Oktober 1930
Neumarkt 10, 2. Ebg.

August Hampel
und Angehörige.

Beerdigung Sonnabend, 18. Oktober,
nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des
Pohlanowitzer Friedhofes aus. 9973

Am 14. Oktober, nachmittags 7 1/2 Uhr, ver-
schied nach schwerem Leiden meine innig-
geliebte Frau, unsere liebe Mutter, Tochter,
Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin

Maria Bramer
geb. Pospich

im Alter von 40 Jahren.

In tiefer Trauer

Fritz Bramer
nicht Anverwandte.

Beerdigung Freitag, den 17. Oktober, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
neuen St. Mariäns Friedhofes. 7875

Riedel & Co.
Breslau, Reuschestr.
grüne Leuchtsäule

Bevor Sie kaufen

wollen Sie bitte unsere Qualitäten u. Preise prüfen!
Jeder Einkauf ein Gewinn u. eine Ersparnis für Sie!

Nur bei uns
hervorragende aus K-Seide gearbeitete
Herren-Anzüge und Mäntel
Mark **29.00**

Aus erstklassigen, wundervollen Stoff-
Qualität, i. blaugrau u. bräunlich Farben
Herren-Anzüge und Mäntel
Mark **46.00**

Rein wollene, in bester Maßstabs-
verarbeitung selbstgeleitete
Herren-Anzüge und Mäntel
Mark **59.00**

Und dann
der schöne weiche, rauhhaarige
Herrenhut Mark **2.95**

Riedel & Co.
Breslau, Reuschestr. 16-17
unmittelbar grüne Leuchtsäule

1000e hochmoderne Herren- u. Knaben-
Bekleidungs-Gegenstände erwarten Sie

Wir wollen Ihnen zeigen, daß wir billig sind

Liebig

Fernsprecher 346 46

Heute Donnerstag
4 Uhr und **8** Uhr

Premiere
**2 Sensations-
Gastspiele**

Bobbie Hind
mit seinem
London Sonora Orchester

Senin Glazeroff
Russische Gesang u. Tanz-Revue

Herm. Streber
Der Meister süddeutschen Humors

Jung-China
Sportjugend aus dem fernem Osten

BINIA WOLF
Der deutsche Rin-It-It

FRITSCHIE
Der ungeschickte Hausknecht

3 ADLERAS 3
Hohe Schule der Gymnastik

6 KIRCKS 6
Itarische Späße

u. das übrige Programm

18289 Eintritt-Preise:
Nachmittags 0.36 bis 1.50 Mk.
Abends . . . 0.50 bis 3.50 Mk.

Vorverkauf an der Tageskasse
täglich ab 10 Uhr vorm. ununterbrochen
sowie bei den bekannten Verkaufsstellen

Stadttheater
Samstag, 15. 10 bis 11 Uhr
4.11 moments-Breit Serie D
Die Fledermaus
Freitag, 14. 10 bis 11 Uhr
4.11 moments-Breit Serie C
Carmen
Samstag, 15. 10 bis 11 Uhr
4.11 moments-Breit Serie D
Die Fledermaus

Schauspielhaus
Opernhof Tel. 34300
Direktion: Carl Lerch
11 Uhr 30 Min.
Der Sembrunier
Große Späße in
Drei Musteliere
mit
Ivo Gullmann
Gisela Carst
Ivo Wimmer
Sonnabend, den 15. Okt.
nachm. 4 Uhr
Samstag, den 19. Okt.
nachm. 3 Uhr
zu keinem Preis
**Die Reise
ins Märchenland**
Großes Kinderstück
mit Gesang und Tanz
Jeden Sonntag 4 1/2 Uhr
Vorland der Lichter

Lobe-Theater
Sektion 567 47
Tel. 28 15 bis 28 28 Nr
Katherina Knie
Geburtsjahr
von Carl Zschamayer.
Sonnab. 15. Okt. 11.30 u. 17.15
König Richard der Dritte
Zentral-Theater
Tel. 28 15 bis 28 28 Nr
Der Mann Schicksal
Paulin u. Veronika

**Jahr-
hundert-
stücke**
Tägl. 8 1/2 zu
Wokzpreisen

**Passions-
spiele**
Nächste
Nachmittags-
Vorst. Sonn-
abend, 19. Okt.
4 Uhr.
Schülerarbeit

Schlafzimmer,
aperten Modell, echt Eiche mit
Zehnwandlampe
mit einer Matratze
S. Brandt & Co.
Gartenstr. 65, I (Rathaus)

WAPPENHOF
Klein-Breslau, ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonnabend)

Große Familien-Einheits-Veranstaltung
mit dem 2. Oktober-Programm
Programm vom 16. bis 31. Oktober

Philippa Lina, Kaiserinmutter Sings,
die deutsche W. nach u. Hans Vetter u.
Gubala, mod. Tempus, 2 Akten, Könige
der Ringe (mus.) Pils & Himmels in ihren
eigenartigen Duetten, 3 Akten, einzig da-
stehender Gymnastik-Lust-Akt, Harmonie
Kenny & Himmels, Solistin der
Badischer Oper, 3 Blaudungen, Psycho-
Sensation, Max Wendler, der beliebte
Humorist, A. u. W. Himmels, Jugend-
und Antiquarische
Eintritt: Einheitspreis 30 Pf.
Ab 8 Uhr: Große
Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen - Eintritt einm. 10 Pf.
Neben Freitag: 2 Vorstellungen, 4 und 8 Uhr

Bettfedern

kaufen Vertrauenssache streng reell u.
preiswert in
der Schmiegen Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (Reiz
Gaden)

4 Pelz- 4 Sondertage

Donnerstag, 16. Okt., Freitag, 17. Okt.
Sonnabend, 18. Okt., Montag, 20. Okt.

Selten günstiges Angebot!

Ein großer Posten

Einzelfelle zum Ausschneiden
in vielen Farben und Pelzarten

Serie I **0.80**
Serie II **1.50**
Serie III **1.90**

Moderne Besatzfelle

Amerik. Spezium . . . **1.25** an
Anstral. Spezium . . . **7.30** an
Batra-Kasin **1.50** an

Bubikragen

in schwarz **4.50** an
in Blau **3.50** an
Ejarré i. d. amer. Farb. . . **8.50** an
1 Pfund Pelzkrawatten . . **7.50** an

Pelz-Haus am Sonnenplatz
(Platz Oranienstraße 5)

ELECTROLA
Das
**ELECTROLA
RATEN-SYSTEM**
ermöglicht die bequemste
Anschaffung durch eine
Anzahlung von 1650 und
12 Monatsraten à 12.40

Felix Kayser
Haupt- u. Nebengeschäft
am Rathaus 28
und Jambornstraße 11

Schlupflügel bekannter Marken

Autobusfahrten

am Sonntag, den 18. Oktober
nach Merzbach - Weiskopf . . . Preis 9 Mk.
nach Kraschwitz - Schwansee Preis 9 Mk.
nach Schwansee - Talsperre - Kraschwitz Preis 5 Mk.
nach Jöhren - Borsdorf Preis 4 Mk.

Karten im Vorverkauf Kassationsstr. 135, Tel. 22 48

Rad- und Gasmotofahrten
Bismarck-Platz

Luna-Parc
Heute Donnerstag:
In den gut gebauten Sternensaal

Gr. Varietévorstellung
mit dem ganz neuen Oktober-Programm
Anfang 4 Uhr. Eintritt 25 Pf.

Anschließend **Ball**
Morgen Freitag:
Der verkehrte Ba

Breslauer Nachrichten

Probleme im Strafvollzuge

Inhaftierung Tuberkulöser — Schulung der Aufsichtsbeamten zum Erzieher

Im Anschluß an die Tagung der Schlesischen Gesundheitskonferenzen fand im Landeshaus noch eine Fachkonferenz statt, die sich mit verschiedenen Fragen beschäftigte, die bei der Durchführung des neuen Strafvollzuges wesentliche Rolle spielen.

Neben dem Thema „Schulung der Strafanstaltsbeamten“ referierten Kenimischer Hansen und Strafvollzugsreferent Ebert. Letzterer wies darauf hin, daß der Strafvollzug gleichbedeutend mit sozialer Fürsorge sein soll und deshalb auch jeder in der Strafanstalt tätige Beamte dieses Werkes durchdringen muß.

Ein Liebespaar in den Tod gegangen

Wahrscheinlich das Opfer seiner Verkehrsauffassungen

Unweit des Lokals „Schaffgöschgarten“ bemerkten gestern einige Schiffer zwei Leichen im Wasser, die es ihnen gezwungen hatten, die verständigte Polizei zu rufen.

Ein Verfalling schwer verletzt

Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern mittig in der Straße, wo der radfahrende Inhaberkundelehrer Eiserlert der Freiburger Straße in Jäger'scher Fahrt vor einem in der Richtung fahrenden Zuge der Linie 7 ein Führerwerk überrollte und dabei sowohl auf die Seiten kam, daß er mit einem entgegengesetzten Richtung kommenden Straßenbahnwagen zusammenstieß.

Zusammenstoß

An der Kreuzung Garten-Neue Taschenstraße bog vor wenigen Tagen ein Auto aus Kottwitz in kurzer Fahrt nach links in die Gartenstraße ein und stieß mit dem radfahrenden Eiserlert aus der Hühnerstraße zusammen, der verletzt wurde und in das Brüder-Kloster geschafft werden mußte.

Straßenprügelei im Stadtmitteln

Provokierendes Verhalten der Nazis — Soll es auch in Breslau zu Tumulten kommen? Ein Arbeiter schwer verletzt — Die organisierte Arbeiterschaft wird sich zu wehren wissen

War schon vorgestern Abend ein besonderer Hakenkreuzer-Aufmarsch in der Schweidnitzer Straße zu bemerken, die immer wieder bei Wertheim vorbeipromenierten, wahrscheinlich um die Schaufenster zu bewachen, so setzte sich gestern Abend ein ähnliches Treiben fort.

Bei diesem von einem SA-Trupp behüteten Zeitungshändler sammelten sich auch Kommunisten an, Neugierige gesellten sich hinzu und die politischen Diskussionen nahmen bald Formen an, die die Polizei zum Einschreiten veranlaßten.

Da die kommunistischen Gruppen zum Teil auch nach der Albrechtstraße abgedrängt wurden, kam es auch am Ohlauer Stadtgraben und am Ohlau-Ufer zu kleineren Ansammlungen, die aber immer wieder, wenn sie verkehrshindernd wurden, von der Polizei in Bewegung gebracht wurden.

Zwischen 21 und 22 Uhr wurde in der Schuhrücke n. w. e. in der Kupferstraße niedrige Straße der 30jährige Arbeiter Emil Kurosch, Lange Gasse 51 wohnhaft, durch einen Messerstich am Hinterkopf schwer verletzt.

Ob es sich dabei auch um die Folgen einer dieser politischen Auseinandersetzungen handelt, ist noch nicht geklärt. Der Verletzte ist betrunken gewesen und hat nur angeben können, daß er in einem Lokal in eine Schlägerei verwickelt worden sei.

Rund um die Affäre Wirtz

Magistrat entläßt einen Architekten auf unbewiesene Redereien hin — Gehaltsabzug für den Betrug Dritter — Arbeitsvertrag wird bis zum Wirtzprozeß angefochten

Vor etwa Jahresfrist wurde bekannt, daß einige Breslauer Firmen es sich hatten angelegen sein lassen, die Stadt Breslau bei der Ausführung von städtischen Arbeiten um verhältnismäßig hohe Beträge zu pressen. Dies geschah in der Weise, daß z. B. beim Ausstellen der Rechnungen die von Lehrlingen geleistete Arbeit als von Gehilfen ausgeführt bezeichnet wurde und damit entsprechende Stundenlöhne angefordert wurden.

Die beiden Beamten behaupteten, daß Köblich ihnen bei der fraglichen Unterredung, die im städtischen Rechnungsbüro stattfand, erzählt habe, daß, als er sich an Hirt wegen Beschaffung von Arbeit wandte, dieser ihn deswegen an Strobach verwiesen habe, dabei aber hinzusetzte: „Allerdings will Strobach dafür Prozente!“

Zur Klärung dieser Frage war ein großer Zeugenapparat aufgebildet worden. Stadtgenieur Neumann hatte die Vertretung des Klägers übernommen, während Stadtkontrollrat Heintzel die Stadt Breslau vertrat.

Der amtliche Bericht der Polizei besagt: Gestern Abend in der Zeit von 18.30 bis 20 Uhr fanden am Christophoriplatz Menschenansammlungen statt, die sich um einen nationalsozialistischen und kommunistischen Zeitungshändler bildeten.

Diese Vorfälle zeigen immer wieder, was es mit den Verteuerungen der Hitlerpartei auf sich hat. Sie können gar nicht laut genug in die Welt hinausposaunen, wie friedlich sie sind und mit welcher eiserner Disziplin die Rotten zusammengehalten werden.

Formin stellte der Stadtbaumeister Grebe, der seit 1900 bei der Stadt beschäftigt ist, dem Kläger, dessen Vorgesetzter er war, das beste Zeugnis aus. Auch er gibt an, daß das Hochbauamt mit Arbeit überlastet sei, und das es an Arbeitskräften mangle.

Zum Schluß wird noch ein früherer Angestellter Wirtz' verurteilt, der aber über ein Zusammenarbeiten zwischen Wirtz und Strobach nichts bekunden kann. Das Ergebnis der Zeugnisausgaben ist also für die Stadt sehr mager ausgefallen.

Strobach wird also auf die Erledigung seines Falles noch sehr, sehr lange warten können. Das ist formell vielleicht in Ordnung; trotzdem ist hier die Frage aufzuwerfen, ob auf Grund dieser Beweisaufnahme nicht auch bei sorgfamer Abwägung aller Umstände eine Urteilsfällung möglich war.

Preußenlose zur 1. Klasse

1/2 5.-, 1/2 10.-, 1/2 20.-, 1/2 40.-

Staatl. Lott.-Einn. Fischer

Breslau 1, Postscheckkonto 13188

Sammler der Arbeiterwohlfahrt kommt!
 ihm zum Besten der Kinderhilfe
 Gabe der Arbeiterwohlfahrt!

Plus der Umgebung

Wir zahlen keine Steuern mehr . .
 Momentbild aus der Dambritscher Gemeindevertretung
 In der letzten Gemeindevertretersitzung in Dambritsch, Neumarkt wurde die Haushalts-Rechnung für das Jahr 30 vorgelegt, eine Rechnungsprüfungskommission gewählt die Gehungen des Spritzenverbandes Dambritsch-Biunetode migt. Weiter lag ein Antrag auf Uebernahme der Beerdigungskosten eines Landarbeiterkinde vor. Der Antragsteller ist öfter Not, da am gleichen Tage seine Frau niedergekommen Der erforderliche Betrag von 17 Mark (!) wurde gegen Stimmen der Bürgerlichen und des Ueberläufers H ä n s e l ligt. H ä n s e l murte darüber, daß wohl demnächst die Ge alle Toten beerdigen müßte. Von kommunaler Totenung hat er offenbar noch nichts gehört, auf einen Zwischenratler" reagierte er weiter nicht.
 Ein vom „Volksdienst" gestellter Antrag auf Anschaffung Sagen für eine Familie wurde abgelehnt, weil derartige ge von den Betreffenden selbst gestellt werden müssen. — er wurde eine freigewordene Gemeinbewohnung einem Aneller zugewiesen. — Eine hitriiche Auseinandersetzung gab ei der Erörterung über die Anschaffung von zwölf neuen bänken, die erforderlich ist, da der Kreisarzt die alten als unbrauchbar erklärt hat. Natürlich waren die Bürger gegen diese Anschaffung, die insgesamt 720 Mark er und auf Grund der Einsparungen des Vorjahres voramen werden soll. Sie hätten das Geld lieber anders vereten; soll die Jugend nur ruhig in ihrer Gesundheit geschädigt en. Aber es half ihnen nichts. Die Anschaffung der Bänke e beschlossen. Hierauf bewiesen sie das bekannte Bürger Volksgemeinschaftsgefühl, indem sie geschlossen den ngstaum verließen und die beruhigende Erklärung abgaben, ie keine Steuern mehr zu zahlen gedenken.

Zweibröt. Ein Fahrrad vertauscht. Am Sonn den 11. Oktober, wurde in Klettendorf am Lager des auer Konsumvereins ein Damenrad Marke „Ocean" ver- ht; beide Räder hatten einen Gepäckträger. Der Besitzer des en Rades wird ersucht, es in Zweibröt bei Gimmler olen und das fremde dorthin zu bringen.

Waltsh a. d. O. baut Wohnungen. Der Gemeinde ch sind aus den Mitteln des Wohnungsbaufonds 40 000 zur Behebung der Wohnungsnot und Arbeitsbeschaffung Verfügung gestellt worden. Da auch die Beschaffung des en Baugeldes zu günstigen Bedingungen gesichert erscheint, os die Gemeindevertretung den Bau von drei ernen mit je vier Wohnungen. Der Preis ist auf 25 100 je Haus errechnet.

Reipe-Petersdorf. Von der Treppe stürzte hier der rige Rentenermpfänger W. Er erlitt einen Schlüsselbeinbruch wurde in bewußtlosem Zustand aufgefunden. Anscheinend ist mangelnde Treppenbeleuchtung schuld an diesem Unfall.

Frauenkonferenz für Mittelschlesien

Sonntag, den 19. Oktober, 10 Uhr, findet im Gewerkschafts- zu Breslau eine

Frauenkonferenz

Sozialdemokratischen Partei des Bezirkes Mittelschlesien statt.

Tagesordnung:

1. Politisches Referat (Referentin: Genossin Kathilbe Wurm.
2. Aussprache.
3. Unsere Winterarbeit (Referent: Genosse Lehmann).
4. Aussprache.
5. Geschäftliches.

Wir laden zu dieser Veranstaltung die Genossinnen des Be ein. Jeder Ortsverein, der Frauen als Mitglieder zählt, me Genossin zu dieser Tagung entsenden.

Der Bezirksvorstand.
 J. A. Paul Lehmann.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
 Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gasthaus (Pommes) Zimmer 190-191
 Telefon 59042, 59043
 Geöffnet von 4-17 und 18-19 Uhr.

Waltsh. Mitgliederversammlung am Freitag, dem 11. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Hied. Redner: Genossin Kifer.

Straschnitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Barthel. Redner: Genosse Löbe.

Wesche. Sonnabend, den 18. Oktober, öffentliche Versammlung bei Kaleswerk, abends 8 Uhr. Redner: Genosse Kales.

Wanzen. Sonnabend, abends 20 Uhr. Mitgliederversammlung bei Seidel. Redner: Genosse Apfelstädt.

Dyprau. Sonnabend Mitgliederversammlung bei Kales, abends 20 Uhr. Redner: Genosse Kementiom.

Wesche. Freitag, den 17. Oktober, Mitgliederversammlung bei Kales. Redner: Genosse Kementiom.

Wasserstand

15.10. 16.	15.10. 16.		15.10. 16.
1.82	1.75	Kanalen (Unter-Bege) ...	3.00 2.88
-0.65	0.50	Dyprau ...	2.31 2.18
2.85	1.90	Waltsh (Sonne) ...	1.87 1.64
2.80	2.72	Waltsh (Sonne) vom 15. 16. ...	+1.28
1.25	1.24	Wassermenge + 10,3°	

Köstlich

erschmecken zu jeder Zeit, besonders aber an heißen Tagen
Stalco
Nektar Saftwasser von
 Speck & Säring

5

KURMARK
 CIGARETTEN
 ständig macedonisch

An der Stelle,
 wo Tabak und Papier sich zum Format der Cigarette vereinigen, bindet ein gleichmäßig unter 50° Wärme gehaltenes, hochpoliertes elektrisches Bügeleisen die Naht. Der Druck von 1/5 Sekunde genügt, um in dem dahin eilenden Cigarettenstrang die endgültige Form zu geben der Kurmark - Cigarette, ständig macedonisch

KUR MARK
 CIGARETTEN

Kurze Antwort auf müßige Fragen

Der preussische Ministerpräsident über die Entziehung der Druckaufträge für die „Schlesische Zeitung“

Als vor einiger Zeit bekannt wurde, daß der bürgerlich-preussische Handelsminister in einem Erlaß die Behörden in Nieder- und Oberschlesien ersucht hatte, der Druckerei der „Schlesischen Zeitung“ keine Inseraten- und Druckaufträge mehr zu erteilen, bekann man sich in deutschen nationalen Kreisen mit staunenswerter Behendigkeit auf den Artikel 118 der Reichsverfassung, der bekanntlich freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift für alle Deutschen gewährleistet, und brachte im preussischen Landtage eine kleine Anfrage an den Ministerpräsidenten ein. Die Herren Conrad, Lukassowik und Wende stellten da allen Ernstes die Frage, ob denn die Anweisung des ihnen bedauerlicherweise „unverständlichen“ Erlasses mit der Meinungsfreiheit vereinbar wäre, wenn da gesagt sei:

„Wir ist bekanntgeworden, daß die „Schlesische Zeitung“ eine ausgesprochene staats- und republikfeindliche Haltung einnimmt. Im Einvernehmen mit dem Herrn Ministerpräsidenten ersuche ich deshalb, dieser Zeitung im Bereich meiner Verwaltungen Inserat- und Druckaufträge nicht mehr zu erteilen.“

Da es aber doch wohl den Fragestellern mindestens in ihrem deutschen nationalen Unterbewußtsein selbst fragwürdig erschienen sein mag, ob man Meinungsfreiheit und Inseratenaufträge ohne weiteres in eine Linie stellen kann, begründeten sie ihre Anfrage weiterhin:

„Man geht nicht sehr, wenn man annimmt, daß dieser weiten Kreise der schlesischen Bevölkerung (!) unverständliche Erlaß die Antwort einer behördlichen Stelle ist auf die in der „Schlesischen Zeitung“ aufgedeckten Tatsachen, daß dem schlesischen Schulbüchern Satz durch preussische Staatsbehörden der Weg geebnet werden soll, keine verderblichen Meinungen gegenüber der heimischen Schulfabrikation auslösen zu lassen.“

Industrie, Angestellte und Arbeiterkassen sind sich darin einig, daß die Paragrafen Meinungen für alle diese Berufsgruppen gleichmäßig anerträglich sind. Nur die preussische Regierung scheint sie für harmlos zu halten.

Wieso sich die „Schlesische Zeitung“ durch ihr Eintreten für die wirtschaftlichen Belange großer Teile unserer Bevölkerung „staats- und republikfeindlich“ verhält, ist nicht ersichtlich und bedarf dringend der Aufklärung.“

Nach dieser Ableitung von der allg. e. m. e. n. e. n. Beantwortung zum Fall Satz formulierten sie ihre Fragen an den Ministerpräsidenten schließend folgendermaßen: Wir fragen deshalb das Staatsministerium an: 1. Welche tatsächlichen Anhaltspunkte sind vorhanden, einer bürgerlichen Zeitung derartige Formurteile zu machen, die unteres Erachtens der Wahrheit zumiderlaufen? 2. Will das Staatsministerium dafür sorgen, daß umgehend dieser Erlaß wieder verschwindet? 3. Will das Staatsministerium nicht endlich dafür Sorge tragen, daß Staatsminister keine Erlasse herausgeben, die weite Kreise als glatte Verleumdungen gegen die Verfassung ansehen? Und erhielten daraufhin dieser Tage folgende Antwort des preussischen Ministerpräsidenten:

Zu 1: Die allgemeine Anweisung der „Schlesischen Zeitung“, keine amtlichen Urteile und Urteilsurteile preussischer Stellen zu veröffentlichen, beruht auf der konsequent seit langem durchgeführten staatsfeindlichen Haltung des Blattes und auf der Eigenart seiner Kompagnie.

Zu 2 und 3: Nein. Strauß

Segensreicherweise ist der Ministerpräsident auf die Resonanz mit der „Satz-Erhäufung“ nicht weiter eingegangen. Festzuhalten wird aber sein, daß nach Aufheben der deutschen nationalen Handlungsbeschränkungen Niederschlesens die Behauptung, daß die Haltung der „Schlesischen Zeitung“ republikfeindlich sei, „der Wahrheit zumiderläuft“, die „Schlesische“ danach in diesen Kreisen „als republikfeindlich“ angesehen wird.

Ein Kravallprozess in Siegnitz

Wegen Zusammenstoßes zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten am 15. und 16. Juni in Siegnitz haben dieser Tage vier Kommunisten — von den Nationalen wurde bescheidenweise niemand angeklagt — vor dem Siegnitzer Schöffengericht unter der Anklage der Körperverletzung bzw. Bedrohung mit Todschlag, der Kommunist Winter wurde zu sechs Wochen Gefängnis und der Hauptangeklagte Schröder wegen einfacher Körperverletzung zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. Zwei weitere Kommunisten wurden freigesprochen.

Schiffabtriebe auf der Oder

Am Montag fuhr ein dem Schiffseigner Hermann Schömerin gehörender Kahn, der sieben Koggen geladen hatte, in der Nähe von Neusalz auf eine Rahn auf, wobei ein beträchtliches Led im Schiffsboden entfiel. Mit großer Mühe gelang es, den Kahn in den Hafen einzuschleppen. Ein Teil der Ladung ist beschädigt.

Sombenentente in Senften

Ja der gestern unter dieser Überschrift erschienene Bericht hat sich ein bemerkenswerter Fehler eingeschlichen. In der ersten Zeile des zweiten Absatzes, der das zweite Ministerium auf den Hauptstaatssekretär Dr. Wilhelm Schöndorfer, mag es richtig heißen. Im gleichen Loge...

Die Arbeiter-Elitenredaktion

Es hat aus unvollständigen Nachrichten zu ersehen, daß die Redaktion der „Arbeiter-Elitenredaktion“ in Senftenberg eine sehr interessante Stellung einnimmt. In der ersten Zeile des zweiten Absatzes, der das zweite Ministerium auf den Hauptstaatssekretär Dr. Wilhelm Schöndorfer, mag es richtig heißen. Im gleichen Loge...

Primtenau, Jagdunfall. Hier wurde die auf einem Felde arbeitende 21jährige Martha Siebert aus Primtenau von einer umherirrenden Kugel getroffen. Die Kugel zerriß ihr den Darm und drang in die Milz. Das Mädchen mußte sofort operiert werden, sein Zustand ist hoffnungslos. Der Polizei ist es inzwischen gelungen, den unglücklichen Schützen in der Person eines Primtenauer Jagdberechtigten zu ermitteln.

Sprottau, Freizeitenheim für Erwerbslose. Am kommenden Sonntag wird hier ein Freizeitenheim für jugendliche Erwerbslose seiner Bestimmung übergeben werden.

Gubrau, Zusammenstoß mit Wilderern. Nördlich des „Guhauer Viehich“ schoß der Landwirt Paul Köhr einen wildernden Hund nieder. Köhlich bemerkte er einen auf sich gerichteten Gewehrlauf. Nur durch rasches Hinwerfen entging er dem Schusse, gleich darauf sprangen zwei Wildbebe auf, die unerkannt entliefen.

Habelschwerdt, Felssturz. Infolge von Witterungseinflüssen löste sich in einer der letzten Nächte von dem die Hammerstraße bei Kaiserwalde begrenzenden Steinhang oberhalb der Lehmbrücke, ein gewaltiger Sandsteinblock los. Der

etwa 800 Zentner schwere Block blieb mehrere Tage als Verkehrshindernis mitten auf der Chaussee liegen. An der Sturzstelle hängt noch ein großer Felsblock, der gleichfalls Augenblick abzustürzen droht.

Neurode. Eine französische Studienkommission hat die durch die fürchterliche Grubenkatastrophe bei Wengelslaus-Grube aufgeweckte, um Studienmaterial für die falls durch Kohlenäureausbrüche heimgesuchten südbraun Gruben zu sammeln.

Hindenburg. Vom Vergnügungspalast zum Wohlfahrtsempfänger. Der Erbauer und Besitzer des Admiralspalastes, der mit viel Lantam und größten Vergnügungstätt Hindenburgs und Oberchlesien unter die Wohlfahrtsempfänger der Stadt Hindenburg Bruno Arcykmar, der aus Chemnitz mit großen hierher kam und nach der gesunden Pleite seines Unternehmens großmütig alle Vermittlungsangebote auslug, hatte durch den Betrieb eines Bierlokals weiter von sich reden lassen. Er führte schließlich mit einigen zweifelhaften Quersummen Kommunalwahlkampf und ging kurze Zeit nach Elberfeld wohl er dort angeblich ein riesiges Geschäft machte, bezog weder die Brauerei, die übrigen Lieferanten noch die Angelegenheit. Nicht einmal die Versicherungsbeiträge hat er abgeführt, verlangt er einige hundert Mark Unterstützung vom Hamburger Wohlfahrtsamt, das ihn allerdings nicht besser behandelte als alle anderen Wohlfahrtsempfänger. Nebenbei verdient er früher recht hochmütige Mann alles, um durch die Verwaltung wieder als Unterpächter oder Angestellter in früheres Unternehmen, den Admiralspalast, hineinzukommen.

Wir besitzen das Volksvertrauen auch für gute Gebrauchs-

TEPPICHE

Neue Winter-Sortimente sind soeben eingetroffen. Prächtige Farbstellungen, hochmoderne Zeichnungen, prima Stamm-Qualitäten. Volkstümliche Tietz-Preise!

- | | | |
|--------|---|-------------------|
| Größe | Jute-Jacquard starkes rippenartiges Gewebe | 12 ⁵⁰ |
| zirka | Velour-Teppiche gutes Wollmaterial, in neuen Mustern | 39 ⁰⁰ |
| 165 x | Wollplüsch-Teppiche in schönen Persermustern | 36 ⁰⁰ |
| 235 cm | | |
| Größe | Jute-Jacquard-Teppiche starkes Rippen-gewebe, moderne Muster | 18 ⁵⁰ |
| zirka | Wollplüsch-Teppiche dichter Flor und gute Muster | 49 ⁰⁰ |
| 200 x | Haargarn-Jacquard-Teppiche einwandfreie, schwere Ware | 55 ⁰⁰ |
| 300 cm | | |
| Größe | Jute-Jacquard-Teppiche starkes Rippen-gewebe in neuen Mustern | 32 ⁰⁰ |
| zirka | Haargarn-Jacquard-Teppiche in schwerer Qualität fester Rücken | 79 ⁰⁰ |
| 250 x | Velour-Teppiche reines, hochglänzendes Wollmaterial | 135 ⁰⁰ |
| 350 cm | | |
| Größe | Haarbrüstel-Teppiche schwere durchgewebte Ware, fester Rücken | 105 ⁰⁰ |
| zirka | Wollplüsch-Teppiche bekannt. Markenfabr., Perser-Must. | 179 ⁰⁰ |
| 300 x | Wollplüsch-Teppiche Smyrna-Art, hochflor., dicke Ware | 260 ⁰⁰ |
| 400 cm | | |

- | | | | |
|--|------------|---|------------|
| Jute-Läufer doppel-seitig, Rippen-gewebe ca. 60 cm breit, Mtr. | 1.25 | Haargarn-Läufer reines Material ca. 67 cm breit, Mtr. | 2.90 |
| Jute-Smyrna-Vorlagen doppel-seitig | 2.25, 1.15 | Tapestry-Vorlage schöne Muster | 3.75, 2.75 |

TIETZ

Breslau I, Obliarer Straße 71-73 Telefon 568 54
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit-GmbH.
Gartenstraße 67 (Kopitzhaus)

Auktion

Berlängerung bis 16. Okt. Reichhaus

Otto Sidmann
Matthiasstraße 112.

Arbeitslojen

Voll und Keil durch ... anfertigung konstante ... von 4.50 bis 16 M. Burgstraße 7, Rywalde

2 Betten

1. Etage u. Stuhl, pol. m. Spital u. Aufzug. 150 M. Möbelhaus Scholz Matthiasstraße 132.

Stumpen - Abschnit

der Rauchtabelle für die kurze Pfeife, 50 St. für 40 und 50 Pf., empf. C. Kretschmer Schwanbrück

Preis-Abba

Fahr-Pelze, Joppen - Mäntel, Pelz-Joppen u. getragene Anzüge am allerbilligsten

Ring 60

mit Kind wird preiswert

Bohungen

Gonnige 2f. Stub. Kabinett, Gas. Boden, Sch. jeh. Miete 14 M., i. Stroh zu tausch. geg. ähnl. od. groß. Oberdor. od. Zentrum. Gef. u. R. 925 a. d. G. d. 3. Et.

Seerzimmer

gekauft. C. F. m. Preisang. A. 44 an d. G. d. d. 3. Et.

Bess. Logis

für Herrn, per 1. Novemb. Adalbertstraße Nr. 10, 1. Et. bei Sperling.

Kleine Angelegen

find komplett gezeigt ... spaltige Angelegen von ... spaltige Angelegen von ... nur von Branten ... 34. Novemb. 1934

Gedr. Schloßzimmer ... hauen 120. - auch ems ... Bettre. Schrank, Re ... Nachtlische auch Tisch ... gulator, Plüschstuhl ... wa 36,1 lms

1 kleinerer Arbeitsm ... Mittelfigur, 3 Mtr., 1 ... Arbeits-mantel für ... 2 Mtr., 1 brunnengrüne ... beite-mantel für größere ... 3 Mtr., 1 roter Dam ... 5 Mtr., 1 blauer ... mit Nr. 54 150, 1 ... Sarsienput Nr. 56 150 ... 1 großer Herrschaf ... 150 Mtr., 3 Dame ... 2 50 Mtr. Befähigung ... 3 Uhr bei Seher, Caden ...

Zu lassen gesucht: 1 ... aut erhaltenes Kinder ... 1 Wädherrschaf mit ... abest. Juchstern ... Seher, Cadenstraße 11, 1

Reparaturen u. Ersatzteile für Fiat- u. NSU-Wagen
Vertragswerkstatt der Niederlassung
Auto-werkstatt Hubertus von Anlock G.m.b.H.
Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 18/20 / Telefon Nr. 39828

Skandal am Nordpol

Rumänien will den Eisbären seine Flagge zeigen — Eine missglückte Grönlandexpedition Ägypten auf dem ewigen Eis — Universitätsprofessor auf Schule — Der Gelehrte als Plagiator

Vor wenigen Wochen berichteten die Bukarester Blätter über riesigen Ueberflüssen und mit zahlreichen Bildern über ein Ereignis ersten Ranges am wissenschaftlichen Himmel Rumäniens. Es handelte sich um die erste rumänische Grönlandexpedition unter Führung des Bukarester Universitätsprofessors Dumbrava, der aus dem Propagandabüro der rumänischen Regierung durch bedeutende Summen unterstützt und laufend unterfützt wurde. Rumänien gedachte zu unauflöslichen Namen in der Polarforschung auch noch den Namen eines Gelehrten, von dem bisher außerhalb der Grenzen des Landes noch niemand etwas gehört hatte, zuzufügen. Der Name sollte in Bukarest bei der Abreise der „Expedition“ kein Geheimnis sein, Sonderausgaben der Zeitungen verkündeten den Namen des Gelehrten, und der Nordpol schien ein leichtes Mal entdekt zu werden, natürlich nicht ohne Hilfe der rumänischen Trikolore.

Das Kellerradio

Auf einmal blieben jedoch die Meldungen und Extrablätter aus, und es wurde still um die ganze Dumbrava-Expedition, so still, daß man zeitweise annehmen konnte, die ganze Expedition wäre in eine Eispalte gefallen und lang- und wegtlos im Polarmeer umgekommen, noch ehe die Bukarester Extrablätter über dies tragische Ereignis heraussagen konnten. Aber während das Volk die Köpfe unwillkürlich schüttelte, raunten Diplomaten und Gelehrte einander bereits merkwürdige Tatsachen in die Ohren. Das rumänische Außenministerium war nämlich durch seinen Pariser Vertreter davon verständigt worden, daß die dänische Regierung Herrn Universitätsprofessor Dumbrava und seine Getreuen in Grönland ausgewiesen habe und die „Expedition“ dem kürzesten Wege nach Hause abhob. Dumbrava hat sich nicht in Grönland in allen möglichen Funktionen, nur nicht als Forscher betätigt und beispielsweise auf verbotener Stelle eine Radiostation errichtet, die in allen rumänischen Häfen die neuesten Forschungsergebnisse seinen Verwandten mitteilt. Schließlich sollen auch bei schönen Tagen und guten Weinen in Grönland Orgien gefeiert worden sein, durch die sich die dänische Regierung bis zur Grenze der Erträglichkeit gereizt fühlte. Offenbar wollte die dänische Regierung den vielleicht in Grönland zur Erwärmung notwendigen Massenkonsum von Frauen und Weinen nicht als Entlastung gelten lassen. Das dänische Gouvernement ersuchte die rumänische Regierung kurz entschlossen, dafür Sorge zu tragen, daß die Rumänen so bald wie möglich Grönland verlassen.

Ein teurer Spaß

Nach Informationen aus amtlich rumänischer Quelle hat allein die Reise Bukarest-Grönland der „Rumänischen Grönlandexpedition“ 65 000 dänische Kronen gekostet. Trotzdem stand die Expedition bald ohne einen Pfennig Geld da, da sie durch größere Unterschlagungen bei der Erbauung der Radiostation erheblich geschädigt worden war. Aus diesem Grunde kaufte die dänische Regierung den Rumänen ihre Radiostation für 800 Kronen ab; diese Station war jedoch derart unsachgemäß und baufällig konstruiert, daß sie kurz vor dem Zusammenbruch stand und den Kaufpreis nicht einmal wert war. Obwohl bereits die dänische Presse in spaltenlangen Berichten den Skandal geschildert hat, der die Vertreter der rumänischen Wissenschaft in ein recht eigenartiges Licht stellt, schweigt sich die rumänische Presse offensichtlich auf höheren Befehl aus. Am interessantesten ist die Tatsache, daß Herr Dumbrava und seine Rumänen sich den wiederholten Forderungen der dänischen Regierung, die Radiostation abzubauen und sofort das Land zu verlassen, nicht fügen wollten, so daß die ganze Gesellschaft zwangsweise auf das Schiff „Godthaab“ gebracht und von Grönland ausgeschifft werden mußte.

Der erkappte Abschreiber

Das dänische Zentralkomitee für Polarforschung, das jede Verbindung mit den Rumänen strikt abgewiesen hat, hatte von vornherein berechnete Zweifel an den sachmännisch-wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten, sowie an der Vorbildung des Professors Dumbrava lautwerden lassen. Leider mußte erst die rumänische Regierung den riesigen Reinfall erleben, bevor sie diese professorale Fierde der Bukarester Universität ebenso gebührend einschätzte. Und das Schönste ist, daß der Herr Professor nach seiner Zwangsablieferung aus Grönland auch noch den Mut besaß, die dänische Regierung wegen ihres berechtigten Vorgehens offen zu tadeln und die Behörden in Kopenhagen zu beleidigen. Kleinlaut wurde der Herr Professor erst, nachdem er darauf hingewiesen worden war, daß man entdeckt hatte, daß sein im Jahre 1929 geschriebener Artikel über „seine Polarforschungen“ von Anfang bis Ende ein Plagiat war: Dumbrava hat die Aufzeichnungen des dänischen Kapitäns Gustav Holm, die vor 45 Jahren erschienen sind, einfach glatt abgeschrieben und dabei sogar die Druckfehler mit übernommen. Dabei sollten Dumbrava und seine „Expedition“ froh sein, daß sie von den Dänen abgeschrieben worden sind, denn die Gesellschaft war derart schlecht ausgerüstet, daß sie, wenn sie sich wirklich tiefer in die Gefilde des ewigen Eises hineingewagt hätte, mit tödlicher Sicherheit ihnen erstoren wäre.

Mit 18000 Mark geflüchtet

Ein bei dem Arbeitsamt Berlin-Mitte angestellter Hilfsbeamter ist am Mittwoch nachmittag nach Veruntreuung von 18 000 Mark geflüchtet und seitdem spurlos verschwunden. Der Geldbetrag war für Gehaltszahlungen der Beamten der Zweigstelle Lohringer Straße bestimmt. Infolge der Unterschlagung des Beamten konnte dessen Kollege nicht das volle Gehalt ausgezahlt werden. Sie mußten sich mit einem Teilbetrag abfinden.

Überfall auf zwei Kassierer

In Berlin-Kaulsdorf wurden am Mittwoch morgen zwei Kassierer des Arbeitsamtes Berlin-Ost von vier Autohandbänden überfallen, bestohlen und ihrer Aktenmappen beraubt, die 7000 Mark enthielten. Der eine der beiden Kassierer wurde durch die Schüsse am Knie getroffen und brach zusammen, der andere blieb unverletzt. Nach vollbrachter Tat flohen die Räuber im Auto und entkamen.

27 Personen an Paratyphus erkrankt

Im städtischen Kinder- und Mütterheim in der Rüsterallee in Charlottenburg sind, der Nachausgabe zufolge, nach dem Genuß von Gänseleberpaste insgesamt 27 Personen an Paratyphus erkrankt, darunter 17 Schwestern, 7 Angestellte des Pflegepersonals und drei Mütter, die dort zurzeit liegen. Die meisten Erkrankten, bei denen jedoch Lebensgefahr nicht besteht, sind nach dem Krankenhaus Westend zur weiteren Behandlung gebracht worden.

Selbstmord mit einer Sense

Auf furchtbare Art beging der 40 Jahre alte Landwirt Georges Junck aus Gries im Elsass Selbstmord. Er schnitt sich, als er vom Feld heimkehrte, die Kehle mit einer Sense durch.

Die Überlebenden von Beauvais

Die drei Überlebenden der Absturzkatastrophe des „R 101“, Cook, Dossin und Savory, die im Spital von Beauvais untergebracht worden waren, sind am Mittwoch in einem Sanitätsflugzeug nach London zurückgekehrt. Cook, der noch zu schwach ist um aufzustehen, wurde auf einer Tragbahre zum Flugzeug gebracht. Die Engländer befanden sich in Begleitung ihrer Familienangehörigen. Die Bevölkerung nahm von den Gerechteten herzlich Abschied und beschenkte sie reichlich mit Blumen.

Die Bestie im Menschen

In Kallisch (Polen) wurde eine Frau Urbaniak überfallen, als sie auf ihr dreijähriges Pflegekind unarmherzig mit einem Feuerhaken einschlug. Das arme Wesen, dessen Mutter vor einiger Zeit gestorben war, wurde in ein Hospital eingeliefert, wo es bald darauf verstarb. Die Polizei verhaftete die Mörderin.

Spiel, das Gift wurde

In dem Pariser Theater „L'Avenue“, in dem zurzeit das die palästinensischen Vorfälle des vorigen Jahres behandelnde Stück „Terre Israel“ aufgeführt wird, kam es zu einem schweren Unfall. In dem dramatischen dritten Akt, der den blutigen Zusammenstoß zwischen Arabern und Juden zur Szene hat, erhielt eine Schauspielerin im Verlaufe des Scheingemechels eine Pulverladung in die Brust. Der Zustand der Verletzten ist sehr ernst.

Scheimnisvolles Verbrechen

In einer Barade des Bauerngutes Barnum bei Roulers ermachte die 17jährige Tochter in der Nacht durch ein Geräusch. Sie sah, wie ihre im gleichen Bett schlafende Mutter sich mehrere Male mit dem Oberkörper aufbäumte und dann bewegungslos auf das Bett zurückfiel. Der Hals der Mutter war durch einen Schnitt fast völlig vom Rumpfe getrennt. Alle Nachforschungen der Polizei nach dem Täter blieben bis jetzt erfolglos.

Diamonds Ende?

Der Revolver schüß und ein blondes junges Mädchen — Die Vertraute M Capones Anerkennung Konkurrenz — Gefährliche Freundschaften

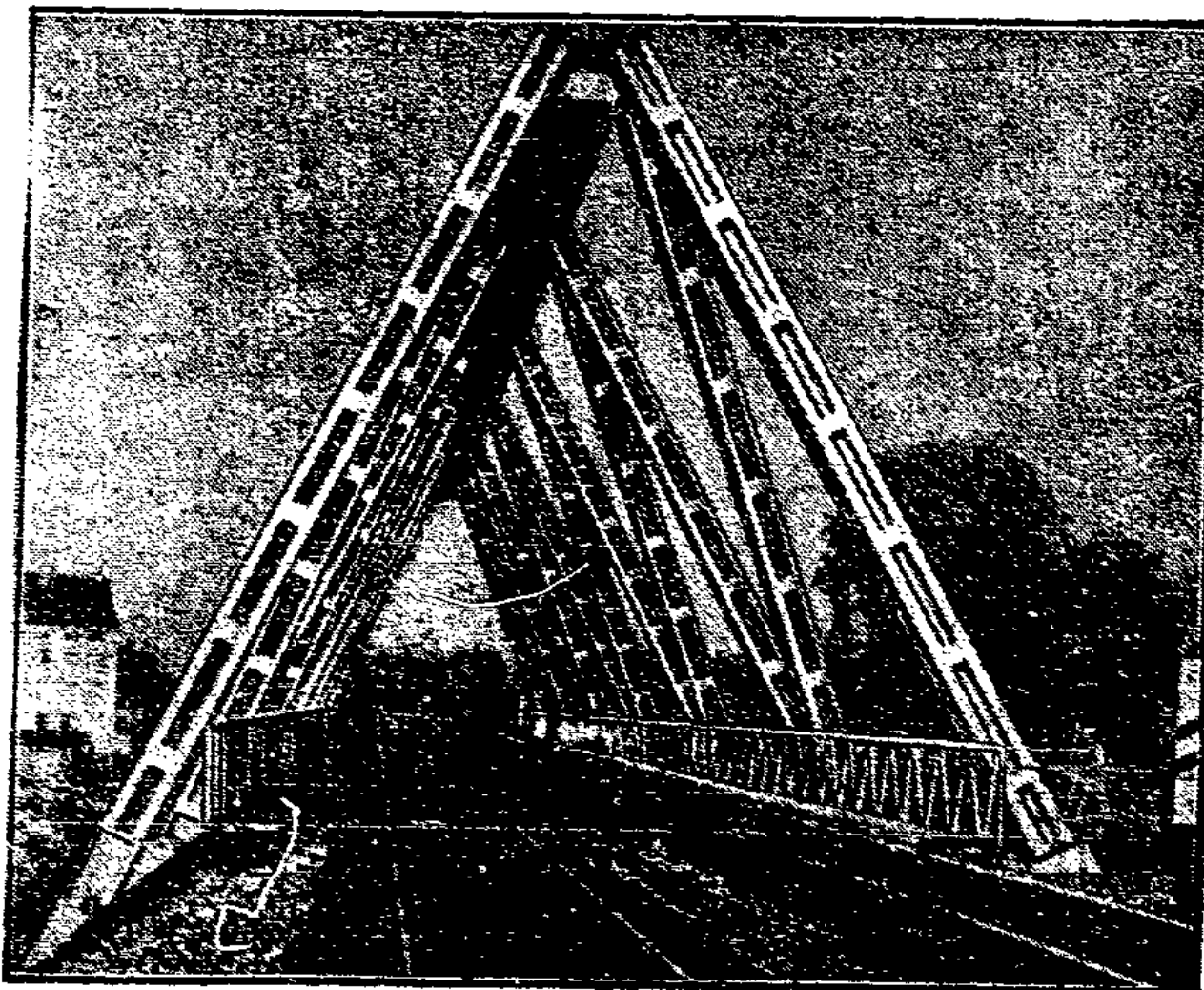
Jack Diamond wurde am Sonntag mittag mitten in der New Yorker City, als er im Begriff war, eines der Bootleggerhale aufzusuchen, durch vier Schüsse niedergeschossen. Während dem Lokal Diamonds Unterführer, mit denen er einen neuen Coup besprechen wollte, auf ihren Meister warteten, lag Diamond blutend auf dem Asphalt. Jack Diamond, der nicht wie ein Begleiter seiner Garde, sondern allein war, wurde in sehr bedenklichem Zustand in eine Klinik gebracht. Die Schüsse, die aus nächster Nähe abgefeuert waren, wurden, so berichten Augenzeugen, von vier Revolver schüßern abgegeben, die in Begleitung eines jungen blonden Mädchens waren. Die fünf an einer Straßenbahnhaltestelle auf den König der Alkoholschmuggler gewartet hatten, sprangen blitzschnell auf Diamond zu, zogen ihre Revolver, feuerten und verschwanden im Straßenmüll, ehe die überraschten Passanten zugreifen konnten.

Schmuggler eines Tages den Mund aufzutun würde. Von dieser Furcht getrieben, sollen nun, so wird behauptet, einige korrupte Justizfunktionäre die Mörder gedungen haben, die dann den mörderischen Überfall ausgeführt haben. Sollten sich diese sehr bestimmt auftretenden Gerüchte bewahrheiten, so wäre man hier allerdings einem Skandal auf die Spur gekommen, der selbst in der bewegten Geschichte des öffentlichen Lebens von USA kaum seinesgleichen an Schamlosigkeit aufweisen könnte. Alles liegt daran, ob Diamond noch einmal den Mund aufzutun kann, um zu reden. Er allein könnte das dunkle, verworrene Rätsel lösen. Aber nach den letzten Meldungen soll er bereits in der Agonie liegen.

Diese Schüsse, sowie das blonde Mädchen haben ihre äußerst merkwürdige Vorgeschichte. Vor einigen Wochen lernte Jack, der nicht nur ein äußerst routinierter Alkoholschmuggler, sondern auch ein Freund der Frauen ist, ein Chorgirl kennen, mit dem er sich bald befreundete. Dieses Mädchen soll Diamond ausprobiert und den Boden für das Attentat der vier Banditen bereitet haben, denn die vermeintliche Freundin war in Wirklichkeit eine Vertraute M Capones, des erbittertesten Konkurrenten Diamonds in der Schmuggelbranche. Das junge Mädchen soll auf Veranlassung ihres Hauptlings ein Verhältnis mit Diamond angeknüpft haben, um so den Attentatsplan festsetzen zu können. Verstärkt wird diese Version des aufsehenerregenden Attentats auf den Alkoholgewaltigen durch die Tatsache, daß das blonde Mädchen seit Sonntag mittag 12 Uhr, d. h. seit der Stunde des Attentats, spurlos verschwunden ist. Die Polizei fahndet fieberhaft nach ihr, hat aber bis jetzt keine Spur finden können. Jedenfalls könnte man nun verstehen, warum sich M Capone so heftig dafür eingesetzt hat, daß Diamond in dem Gefängnis, in das er nach seiner mißlungenen Europareise zunächst einmal gesteckt hatte, wieder freigelassen wurde. Capone wollte die Konkurrenz offenbar gründlicher, eben für immer, unschädlich machen.

Andere behaupten allerdings mit großer Bestimmtheit, daß Jack Diamond das Opfer seiner „guten Beziehungen“ zu der bekannten Gesellschaft New Yorks geworden wäre. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß der Bandenhauptling in engsten Beziehungen zu sehr einflussreichen New Yorker Persönlichkeiten stand, die er mit reichen Bestechungsgeldern gefüttert hat. So waren seine Beziehungen zu sehr angesehenen New Yorker Richtern so eng, daß die Polizei es verfrucht gegen Jack Diamond für mehr oder weniger ausstoslos hielt, da die korrupten Freunde des Verbrechens in der Justiz saßen, alle Bemühungen der Polizei vereiteln konnten. Diese Freundschaften sollen Jack nun gefährlich geworden sein. Den bestechenen Richtern waren sie schon immer sehr unangenehm, da sie immer damit rechnen mußten, daß der

Die erste Dreieckbrücke der Welt



die — bei Dären über die Ruhr gebaut — dieser Tage dem Verkehr übergeben wurde. Es ist einleuchtend, daß diese neuartige

Konstruktion gegenüber der üblichen Bauweise von Biergutbrücken bedeutende wirtschaftliche Vorteile aufzuweisen hat.

Haben Sie sich verletzt? — dann nur **Traumaplast**
den besten Wundverband. Zu haben in Apoth. u. Droger. zu 20, 25 u. 30 Pf.

Die eiserne Front

In den Berliner Metallbetrieben ruht die Arbeit. Die Streikparole des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist am Mittwoch vormittag von den Arbeitern so gut wie restlos befolgt worden.

Die Durchführung der Streikparole des Deutschen Metallarbeiterverbandes vollzog sich mit imponierender Macht. Nicht nur die organisierten, auch die unorganisierten Arbeiter, die gesamte Berliner Metallarbeiterchaft verließ die Betriebe.

Im Unternehmerlager kennt und fürchtet man die Erbitterung der Berliner Metallarbeiterchaft. In der bürgerlichen Presse wird daher bereits auffallend viel über angeblich stattfindende oder bevorstehende Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und den Gewerkschaften geredet.

Die Berliner Metallarbeiter haben nach den bitteren Erfahrungen nicht Zeit, sich an der Krise herumzuführen und mit faulen Besprechungen abzugeben zu lassen.

In eigener Front hat sich die Berliner Metallarbeiterchaft zusammen geschlossen und den Kampf gegen den allgemeinen Lohnabbau aufgenommen.

Was sagt Herr Eberstadt dazu?

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat bei seiner letzten Tagung in Königsberg eingehende Besprechungen mit dem Reichsarbeitsminister angestellt.

Druck der Unsicherheit der Existenz; sie habe auch bereits einen Lohnabbau im Durchschnitt von 10 Prozent hinnehmen müssen.

Die Führung der Landarbeiter-internationale zur Wirtschaftskrise

Der Vorstand der Internationalen Landarbeiterföderation hat auf seiner diesjährigen Tagung in Kopenhagen festgestellten Sitzung beschlossen, den nächsten internationalen Landarbeiterkongress nur dann, wie vorgesehen war, 1931 in Barigan abzuhalten.

Auf der Kopenhagener Sitzung wurde auch die Wirtschaftskrise besprochen. Im Anschluß daran nahm der Vorstand eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: „Die Agrarkrise ist eine internationale Erscheinung, die mit der allgemeinen Weltwirtschaftskrise zusammenhängt.“

Die christlichen Gewerkschaften verlangen Gehaltserhöhung für die Beamten bereits ab 1. Januar 1931

„Der Deutsche“, die Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, veröffentlicht in seiner Nr. 240 vom 12. Oktober dieses Jahres das Schreiben der christlichen Gewerkschaften an die Reichsregierung zum Wirtschaftsjahr- und Finanzprogramm.

Da der Deutsche Beamtenbund in sehr freundschaftlichen Verhältnissen zu den christlichen Gewerkschaften steht, scheint es, als ob diese Forderung seine volle Billigung gefunden hätte.

Personalabbau bei der Reichsbahn

Seit Januar 1930 veränderte sich die Kopfzahl des Stammpersonals bei der Reichsbahn folgendermaßen: Januar 667 265, Februar 664 050, März 665 315, April 665 279, Mai 663 475, Juni 661 953, Juli 655 623, August 651 519, d. h. daß sich das Stammpersonal innerhalb von acht Monaten um beinahe 16 000 Kopfe verringert hat.

Italiens Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die Ende August amtlich mit 375 548 angegeben wurde, ist Ende September auf 391 245 geklettert.

Hamburger Versicherungsstandale

In diesen Tagen, in denen die Frage der Versicherungsreform die gesetzgebenden Körperschaften beschäftigt, dominiert die kapitalistische Presse den gleichsam selbst über längere Reformbedürftigkeit. Ein Skandal folgt dem anderen.

Die Begegnung, die sich in Hamburg abgepielt haben, hat verhältnismäßig einfach, ihre Ursachen freilich noch recht kompliziert. Die Versicherungskasse, ein gewisser Versicherungs-Konglomerat der Transportversicherung und Rückversicherung betriebe und zwei andere Versicherungsgesellschaften (Janus und Neptun) schlossen sich zusammen, um eine neue Versicherungsgesellschaft zu gründen.

Bei der Bildung dieses Hamburger Zusammenbruchs ist, wie erwähnt, noch keine Rede zu machen. Scheinbar wie im Januar 1929 hat man das Unternehmen bis in die letzte Zeit hinein aufrecht erhalten.

Das Entrippen und Trocknen von Tabak in der Hausarbeit

das die Gesundheit der Heimarbeiter in der Tabakindustrie schwer bedroht, soll nach einem Vorschlag des Reichsarbeitsministers in Minden (Westfalen) auf Grund der Erfahrungen der Gewerbeaufsichts- und Medizinbeamten und nach Beratung mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden verboten werden.

Aus diesem Tatbestand macht ein nationalsozialistischer preußischer Landtagsabgeordneter eine Erörterung der Heim- und Hausarbeit. Selbstverständlich wird auch die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen die Arbeit der Heimarbeiter nicht unmöglich gemacht.

Das Wichtigste bleibt ungelöst

Aus dem Bericht, den der Reichskommissar für das zusätzliche Wohnungsbauprogramm dem Reichsarbeitsminister erstattet hat, wird von maßgebender Stelle ein Auszug veröffentlicht.

Es heißt darin, daß sich im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angeben lasse, wie groß die Zahl der Baufach- und Hilfsarbeiter ist, die durch das Wohnungsbauprogramm Arbeitslosigkeit bewahrt werden oder nach Eintritt der Arbeitslosigkeit neue Arbeit erhalten haben.

Die Haltung der Regierung in der Frage der Selbsterhaltung des Baumarktes berührt etwas merkwürdig: auf der einen Seite macht sie mit ihrem zusätzlichen Wohnungsbauprogramm Kellern und auf der anderen verkürzt sie die Mittel für den Wohnungsbau.

Das Reichsarbeitsministerium ist auf der Suche nach Geld für den Wohnungsbau, die Reichsregierung aber lenkt den Wohnungsbau nach ihrem Programm um mehr als die Hälfte des Ergebnisses für 1929 und magt es nicht, von den Händen der Bauwirtschaft ein Opfer zu fordern.

Auf den Hund gebracht

Der Konsumverein in Werseburg ist seit einiger Zeit in den Händen einer kommunistischen Verwaltung. Diese Verwaltung ist mit den Mitteln der Arbeitergenossen in gewohnheitsmäßigem Verfahren, daß der Konsumverein am Ende dieses Geschäftsjahres keine Rückvergütung auszahlen kann.

Hamburger Versicherungsstandale

schlichtartig, was man von der „Ueberlegenheit“ der kapitalistischen Privatwirtschaft über die Gemeinwirtschaft und die Unfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsführer zu halten hat und zu welchen Resultaten ihre Unternehmerinitiative führen kann.

Und nun bricht unmittelbar nach der Verlegung des Geschäftsjahres eine Versicherungsreform zusammen, die ausschließlich Transport- und Rückversicherung betriebe, und die deswegen die Reichsaufsichtssamkeit nicht unterband.

Die Debatte, die aus diesem Skandal gezogen werden ist sehr einfach. Was sollen selbst ständige Versicherungsreformversuche sein, die im Gegenstande vorliegenden Versicherungen gehen freiwillig und immer nicht weit genug, um die Forderungen des Versicherungsreformens, die sich in der Versicherungsreform entwickelt haben, der kapitalistischen Wirtschaft zu erfüllen?

Solidarität mit Polen

Die Piłsudski-Regierung hat am 10. September eine Reihe von führenden Vertretern der Opposition verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch der Vorsitzende unserer polnischen Jugendorganisation, Genosse Dubois, und der Vorsitzende der polnischen sozialistischen Studentenorganisation, der Genosse Ciołkojz. Das Sekretariat der Sozialistischen Jugend-Internationale hat sofort nach dem Bekanntwerden der Verhaftungen folgende Solidaritätskundgebung an die polnische Jugendorganisation T. U. K. gesandt.

Wir erfahren heute aus der Presse von der Verhaftung der polnischen Genossen durch die Piłsudski-Regierung und aus den Einzelmeldungen, daß sich unter den Verhafteten auch die Führer der sozialistischen Jugend- und Studentenorganisationen Polens, die Genossen Dubois und Ciołkojz befinden. Es ist uns ein aufrichtiges Bedürfnis, der polnischen Jugendorganisation und den verhafteten Genossen den ersten Eindruck dieses neuen faschistischen Verstoßes der Piłsudski-Regierung die herzlichste Sympathie der internationalistischen Jugend-Internationale vereinigten Jugendgenossen zum Ausdruck zu bringen.

Wir haben seit langem den Kampf der polnischen Partei- und Jugendgenossen für die Demokratie mit großer Anteilnahme verfolgt, und in diesem Augenblick, da Piłsudski offen dazu übergeht, die Opposition mit faschistischen Mitteln anzugreifen, erregt uns der heilige Wunsch, daß es unseren polnischen Genossen dieser neuen Erzhwerung ihres Kampfes gelingen möge, der Demokratie zum Siege zu verhelfen. Wir bitten Euch, Genossen Dubois und Ciołkojz unsere herzlichsten Grüße zu übermitteln. Wir wissen, mit welcher Leidenschaft sie die Sache der Demokratie und des Sozialismus geliebt haben; es ist unser Wunsch, daß sie in dem Augenblick, da ihnen das faschistische Regime die persönliche Freiheit raubt, erfahren, wie die sozialistische Jugend der ganzen Welt auf ihrer Seite steht. Wir haben die sozialistischen Jugendverbände heute aufgerufen, die Kundgebungen, die aus Anlaß des Internationalen Arbeitertages am 5. Oktober veranstaltet werden, gleichzeitig auszurufen zu Protestkundgebungen gegen das Vorgehen der Piłsudski-Regierung in Polen. Eine solche Verbindung des Kampfes gegen den Krieg mit dem Kampf gegen den Faschismus ist uns deshalb auch besonders notwendig, weil ein Sieg der Diktatur in Polen nicht nur die Entwicklung der Arbeiterbewegung Polens, sondern auch in hohem Maße den Weltfrieden gefährdet.

Wir sind überzeugt, daß die sozialistische Jugend der ganzen Welt mit voller Sympathie den Freiheitskampf des polnischen Proletariats und insbesondere der polnischen Arbeiterjugend verfolgt und daß sie am 5. Oktober die gleichen Ziele markieren wird, für die jetzt die polnische Arbeiterjugend unter dem Einfluß ihres Lebens und ihrer Freiheit für Demokratie und Sozialismus, für die Völkerverbrüderung und den Weltfrieden.

Eine bourgeoise Erfindung

Momentbild aus der bürgerlichen Presse

Die Kinderfreunde haben einen heftigen und maßgebenden Gegner, das wissen wir, im Bistum der Bischöflichen Kammer gegen die Kinderfreunde und im Arbeitsbereich des Inspektors Schaefer, mit am besten. Aber es gibt nicht nur Gegner, objektive und geheime Gegner, es gibt auch Menschen am Rande der politischen Stellungnahme lebend, alles was sich im Fernbild einer verkommenen Oberflächlichkeit sehen, wenn sie weiten Kreisen als geistige Nahrung dient, fast noch gefährlicher sein kann. Sie weicht nicht den in sich gefunden Geist Auseinanderlegung verschiedener Auffassungen und Weltanschauungen, sondern bleibt in der geistigen Nahrung fest. Ein wunderbares Beispiel dieser Betrachtungsweise unserer Zeit am proletarischen Ende gibt die Selbstbetätigung, die sich die Berliner Neuesten Nachrichten unter dem Titel "Momentbilder Berliner Wahltag" von einem Herrn Kraus am 15. September schreiben ließ. Da heißt es u. a.:

Um die Ecke links gleich beim Grünzeughändler man, meine Fortiersfrau verheißt, die Weltrevolution endlich auf. Sie weiß Bescheid. Ihr Koffe höchstpersönlich ist nicht bei den roten Falten.

Einen dieser roten Falten habe ich interviewt. Eigentlich er nicht rot gewesen, sondern blaß-grau, der zehnjährige Knabe, den man kaum für einen Siebenjährigen halten möchte. Er ist blaß-grau wie dieser kleinwüchsige Fortkämpfer für Weltrevolution, verwahrloht und unterentwickelt. Aber was ihm an Leiblicher Nahrung schuldig geblieben sind, hapfen sie ihren "geistigen Gütern" in den kleinen Kerl hinein. Ueberall mit Haß ist dieses Kind. Ganz lässig (!) blinzelt er den Mann an, der sich in ein Gespräch mit ihm einläßt. Was er für Seltsamkeit, daß er hier Flugblätter verteilt, die, nebenbei bemerkt, zu Todschlag und Mordaufrufen? Gar nichts! Er über die kleine und hat schon wieder die kleinen, kleinen Knaben trotzig zusammengepreßt. Ja, warum er dann nicht lieber den Kameraden spielen gegangen ist? Der Bild aus diesen kleinen Kindernaugen wird immer mißtrauischer und obdunkelnder. Roter Falte! Dieser zwei Worte würdigt er mich keines darüber. Ob denn die roten Falten nicht Sonntags bei den roten wandern. Ja, Selber? Es ist offensichtlich, dieser Begriff das klassenmäßige Mißtrauen des Kindes recht zu werden geeignet ist. Nein, das Selber muß eine gewisse Erfindung sein! Ein völlig fremder Begriff ist es nicht. (!) Die roten Falten flattern Sonntags in Kellern und in Hinterhäuser. Schon dem zehnjährigen Kind die Welt der Jugend beschaffen. Und das Kind läßt mir noch seltsam: "Parteiarbeit!" Dann tanzt er unter dem Fuß der Mughläubigen mit verheißendem Ernst an das untere Körperteil gerichtet, im Sonntagsgewühl des Karnevalsumzugs unter.

Man weiß nicht, was an diesem Gebilde mehr bewundern die politische Unwissenheit, mit der hier Kommunismus, Sozialdemokratie durcheinander geworfen wird, oder die, was einmal Unbelümmertheit, mit der Herr Kraus über ein so einfache Sache schreibt, ohne sich über ihre wesentlichen Grundzüge zu orientieren. Der rote Falte des Herrn Kraus ist zwar eine bourgeoise aber eine journalistische Erfindung, und zwar eine gute.

Selbsterziehung oder Bevormundung?

Dieser Aufsatz, der ein sehr wichtiges Problem unserer politischen Jugendarbeit anspricht, wurde vor der Reichstagswahl geschrieben. Die Redaktion.

Es kann als eine Reaktion auf die furchtbaren Wirklichkeiten des Weltkrieges betrachtet werden, wenn in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg die Romantik in vielen Gruppen der proletarischen wie auch der bürgerlichen Jugendbewegung einen sehr starken Einfluß ausübte. Fabel, Spiel und Volkstanz machten den größten Teil ihres Gruppenlebens aus. Mit der Geldinflation hatte auch die proletarische Jugendbewegung ihre "Inflationszeit". Die S.A.J. zählte damals zirka 100.000 Mitglieder. Aber in den nächsten Jahren ging es mit ihr, wie mit den meisten anderen Jugendorganisationen, rasch abwärts. Sie verlor die Hälfte ihrer Mitglieder. Wenn auch ihre Aufmärsche und Kundgebungen zu starken Erlebnissen wurden, ihre Kampfesfreude sich rein und groß zeigte, so zerbrachen doch bald viele ihrer Gruppen, weil ihre Begeisterung für den Sozialismus allzu gefühlsmäßig begründet war und die verstandesmäßige Erkenntnis vernachlässigt wurde. Gewiß bestand ein großer Prozentsatz der verlorenen Mitglieder nur aus Mitläufern; aber auch in den folgenden Jahren konnte die S.A.J. nicht eine ähnliche Aufwärtsbewegung verzeichnen wie die Partei, die ja auch eine Mitglieder-Zunahme und Deflation ähnlicher Art zu überleben hatte. Partei und Gewerkschaften schöpften nach dem Niedergang der Jahre um etwa 1922/24 Impulse zu neuem Aufstieg aus den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend indes war zu wenig mit dem Kampf des erwachsenen Proletariats verbunden und nahm als Jugendbewegung an dem allgemeinen Niedergang der deutschen bürgerlichen Jugendbewegung zu starkem Anteil, so daß sie mit dem Wiederaufstieg der Partei nicht Schritt halten konnte.

Erst in den allerletzten Jahren ist in der S.A.J. — in den verschiedenen Landesteilen verschieden stark — die politische Arbeit bewußt mehr in den Vordergrund getreten. Die diesjährige Reichstagskonferenz in Lüneburg stellte nun auch Richtlinien für die politische Erziehungsarbeit auf. Sie formulierte als Aufgabe dieser Erziehung, die Weckung des politischen Interesses, Vermittlung einschlägigen Wissens und Schulung des politischen Denkens. Es wird darauf ankommen, für die Praxis die Methoden herauszuarbeiten, die am besten geeignet sind, das politische Interesse in der Arbeiterjugend an den Zielen und Problemen des Kampfes der Arbeiterjugend zu wecken.

Das Ziel der sozialistischen Bewegung ist klar und innerhalb der Klassenbewußten Arbeiterjugend unbestritten. Nicht so der Weg. Die Arbeiterjugend kennt keinen Propheten, der ihr in jeder Situation des Klassenkampfes den richtigen Weg eindeutig und objektiv zeigen könnte. Jede neue Situation verlangt von der Arbeiterjugend eine neue Stellungnahme, entseffelt Meinungs- und Richtungskämpfe. Diese Kämpfe dienen der Selbstreinigung und Selbstveränderung der Arbeiterjugend. Sie sind für das Fortschreiten der Bewegung unumgänglich notwendig. Sie bedeuten stets von Neuem die Grundlagen des proletarischen Klassenkampfes auf. In diesem geistigen Ringen, an dem die bedeutendsten Männer und Frauen des Sozialismus beteiligt sind, zeigen sich die reinen Quellen der sozialistischen Bewegung.

Was liegt näher als gerade diese Diskussionen für die politische Erziehung der proletarischen Jugend nutzbar zu machen. Nicht nur die der Vergangenheit, sondern gerade auch die der Gegenwart; denn auf sie wird der junge Proletarier durch die Tagesereignisse hingelenkt. Er muß lernen, sie vom wissenschaftlichen Sozialismus aus zu betrachten. Aber hier ist es unmöglich; durch besonders "objektiv" gehaltene Vorträge oder Aufsätze ihn dahingehend zu beeinflussen. Keiner steht so über den Richtungskämpfen, als daß er dazu fähig wäre. Es gibt nur eine wahre Objektivität: Vor dem jungen Proletariat — ich denke hier an das Alter von 17 bis 20 Jahren — von den besten Vertretern der Richtungen der Partei die Probleme der Arbeiterklasse behandeln zu lassen. Die Gegenständlichkeit verschiedener Auffassungen wird verlebendiger wirken und das jugendliche Interesse besonders wecken. Das S.A.J.-Mitglied soll hier nicht etwa entscheiden — dazu ist die Partei da —, sondern durch Vorträge und Artikel entgegengesetzter Meinungen zum selbständigen Denken erjogen werden.

Die S.A.J. soll der Arbeiterbewegung, im besonderen aber der Partei den Nachwuchs heranbilden. Die Arbeiterbewegung

braucht aber nicht nur das ruhige Parteimitglied, den braven Funktionär, der keine eigene Meinung riskiert, nur stets der jeweils herrschenden Mehrheit zustimmt, im übrigen aber geistlich seine Kleinarbeit verrichtet und so allmählich die Stufenleiter der Partei emporsteigt. Sondern sie braucht den Funktionär, der mit dem Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Bewegung den Willen zu positiver Kritik vereint, zur Mitarbeit am Gestalten der Politik der Partei, den Funktionär, der lebendiges Bindeglied ist zwischen Führer und Masse. Denn nicht die Führer allein, sondern nur die Gesamtheit der Arbeiterklasse kann den Sozialismus verwirklichen.

Die Jahrestatistiken, die Heimabende, die Selbstverwaltung und Selbsterziehung, der ganze "Betrieb" in der S.A.J. liefert den einzelnen außerordentlich stark an die Gruppe und erzeugt einen Gemeinschaftsgeist, wie ihn ein Parteiverein auch unter den günstigsten Verhältnissen kaum ermöglichen kann. Infolge dieses Gemeinschaftsgeistes werden politische Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern einer Gruppe das Gruppenleben nicht stören, sondern als das erscheinen, was sie sind: Akte des Selbsttätigens und der Selbstveränderung.

Aus den Diskussionen der Jugend können für die Partei reinere Formen des Richtungskampfes entstehen. Gerade deshalb ist es so wichtig, schon in den Vorkriegsjahren der S.A.J. nicht nur die Ziele, sondern gerade auch das Problematische, die Meinungsverschiedenheiten aufzuzeigen und zur Stellungnahme zu stellen, denn dann wird später das junge Parteimitglied in der Partei nicht fremd den Diskussionen gegenüberstehen oder gar durch sie abgeschreckt werden, sondern an ihrer Lösung mitarbeiten. Die jungen Genossen können so von der Art und Weise, in der sie in der S.A.J. diskutiert haben, etwas in die Partei übertragen und dem Richtungskampf in der Partei das häßliche und oft allzu persönliche Gewand nehmen, das ihm in vielen Teilen der Partei noch eigen ist.

Oft findet man bei älteren Genossen Vorurteile gegen eine Stellungnahme der Jüngeren zu Parteiproblemen. "Als wir so alt waren wie ihr", heißt es, "haben wir artig in der Ecke, lauschten aufmerksam dem, was ältere Genossen sagten und wagten nicht wie ihr mitzureden." Es wird erkannt, daß heute die Arbeitszeiten der Lehrlinge und jungen Arbeiter bedeutend kürzer sind als früher, ihnen in und außerhalb der Jugendorganisationen Bildungsmittel zugänglich sind, die unseren älteren Genossen in ihrer Jugend größtenteils verlagert waren.

Die Partei braucht für ihren Kampf alle Lebensalter, ganz besonders aber die Jugend. In vielen Ortsvereinen ist die Zahl der jüngeren Parteigenossen erschreckend gering. Durch die Menschenverluste im Weltkrieg fehlen der Partei besonders stark gerade die Männer zwischen 30 und 40 Jahren, die das Bindeglied zwischen der proletarischen Nachkriegsjugend und der älteren Generation darzustellen hätten. Die Propaganda der Kommunisten und der Nazis appelliert gefälscht an die romantischen Gefühle der Jugend. Es ist daher für die Partei von größter Wichtigkeit, daß sie diese Schwierigkeiten überwindet, die Jugend schon in den Jugendorganisationen für die spätere Arbeit in der Gesamtbewegung der erwachsenen Arbeiterjugend vorbereitet und den jüngeren Parteigenossen Gelegenheit zu verantwortungsbewußter Mitarbeit gibt.

H. Jacobsohn-Görlig.

Die Jugendlichen in den Gewerbeaufsichtsberichten

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten bringen über die Jugendlichen manches Wertvolle. Man findet hier auch viele Hinweise auf Mängel in den Betrieben, die besonders dort recht zahlreich sind, wo die gewerkschaftliche Organisation schwach ist. Die Klagen kommen aus allen Gewerben. Unternehmer und Handwerksmeister sind sich darin einig, so viel wie möglich aus den Jugendlichen herauszuholen. So heißt es in dem Berliner Bericht: "Aus allen Gewerben kommen gelegentlich Klagen über zu starke Heranziehung der Lehrlinge zu Botengängen, die auch zu unzulässigen Arbeitszeiten führen, Ueberschreitung des Zuchtigungsrechtes und einseitige Ausbildung. Die Klagen stellten sich mehrfach als berechtigt heraus."

Sehr häufig werden die Pausen nicht eingehalten. Der Bericht aus Bückeburg sagt darüber: "Bei der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter gab in der Hauptsache die Nichterhaltung der Pausen Grund zur Beanstandung. In verschiedenen Fällen wurden zu lange Arbeitszeiten und unangelegliche Beschäftigung nach 8 Uhr abends bei Zwischenbetrieb festgestellt. Zuwiderhandlungen dieser Art ergaben sich besonders dort, wo die Jugendlichen mit den Erwachsenen zusammen arbeiteten und die letzteren auf die Mithilfe der Jugendlichen angewiesen waren."

Der Bericht aus Osnabrück meldet drei Bestrafungen wegen Verletzung der Vorschriften über die Pausen. Und das Gewerbeaufsichtsamt Sigmaringen meldet: "Bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge bleiben häufig die Vorschriften über die bei längerer als achtstündiger Arbeitszeit zu gewährenden Vor- und Nachmittagspausen unbeachtet."

Ueber Ausnutzung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter wird in vielen Berichten gellagt. Der Steinfurter Bericht sagt: "Klagen über Ausnutzung der Lehrlinge und ihre zu hohe Zahl wurden wiederholt vorgebracht. Drei Fälle wurden der Gemeindebehörde mit der Bitte zum Einschreiten übergeben." Kassel berichtet: "Die Lehrlinge werden oft als billige Arbeitskräfte betrachtet und deshalb auf Kosten der Ausbildung zu allen möglichen außerberuflichen Arbeiten herangezogen." Osnabrück meldet: 19 Bestrafungen wegen übermäßiger Beschäftigung von Lehrlingen. Breslau berichtet: "Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung jugendlicher, die in der Regel in der Ueberschreitung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit bestehen, sind in 16 Fällen bestraft worden." Der Düsseldorf-Bericht meldet: "Ein Betriebsinhaber hat Jugendliche bis zu 74 Stunden wöchentlich beschäftigt."

Daß auch der Besuch der Fortbildungsschulen häufig der Grund zu Beschwerden ist, geht aus vielen Berichten hervor. So sagt der Breslauer Bericht: "Aus Elternkreisen werden Klagen darüber laut, daß Lehrmeister häufig nur noch berufsschulfreie Lehrlinge, also Schüler der Mittelschulen oder höherer Lehranstalten, einstellen wollen." Der Berliner Bericht hebt hervor, daß viele Jugendliche erst dann eine Lehrstelle finden, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Fortbildungsschule verpflichtet sind. Im Stadtbezirk Herford wurden 15 Strafen wegen Herablassens der Lehrlinge vom Fortbildungsschul-Unterricht verhängt.

Die Klagen über Beschäftigungslosigkeit sind ganz allgemein. In Berlin wurde ein Betrieb ermittelt, in dem auf 8 Stellen 22 Lehrlinge kamen. Bayern und Sachsen berichten über schlechte Behandlung der Lehrlinge. Es mußte mehrmals eingeschritten werden. In Heilen, Sachsen und Bayern wurden Zuchtigungen an Lehrlingen festgestellt. Ueber mangelhafte Ausbildung wird viel gellagt. In einigen Fällen wurde den Lehrmeistern die Ausbildung auf eine bestimmte Zeit ent-



Eine Million

erwerbsloser Jugendlicher gibt es heute in Deutschland. Ein

schweres Schicksal lastet auf ihnen. Die **sozialistische Arbeiterjugend**

fordert Arbeitsbeschaffung oder ausreichende Unterstützung.

Auch Du

mußt diese Forderung unterstützen, indem Du Mitglied der S.A.J. wirst!

